

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/125: 15.09.1944 (Morgenthau-Plan)

Der nordamerikanische Historiker John Morton Blum (1921-2011) berichtet am 18. Dezember 1967 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (52/1967) über den "Morgenthau-Plan": >>"Diese Deutschen sind ja solche Teufel"

1. Fortsetzung: Kompetenzkämpfe in Washington

Am Abend des 4. September 1944 schloß Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium, das Memorandum ab, das für Henry Morgenthau die wichtigste Darstellung seiner Politik bleiben sollte. Unter dem Titel "Programm zur Verhütung eines dritten Weltkrieges durch Deutschland" sah der Morgenthau-Plan die "vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzester Frist" vor.

"Das bedeutet", so hieß es darin, "eine völlige Entwaffnung der deutschen Armee und des deutschen Volkes, die totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und den Abtransport oder die Zerstörung der Schlüsselindustrien, die Deutschlands militärische Macht begründen."

Die Autoren schlugen vor, Oberschlesien und den Teil Ostpreußens, der nicht an die Sowjet-Union fiel, Polen anzugliedern. Frankreich sollte das Saargebiet und die angrenzenden Gebiete zwischen Rhein und Mosel erhalten. Eine internationale Zone umfaßte das Ruhrgebiet und das benachbarte Territorium.

Rest-Deutschland sollte "in zwei autonome, unabhängige Staaten aufgeteilt werden, einen süddeutschen Staat mit Bayern, Württemberg, Baden sowie einigen kleineren Gebieten und in einen norddeutschen Staat mit einem großen Teil Preußens, Sachsen, Thüringen und kleineren Ländern".

Zwischen dem süddeutschen Staat und Österreich war eine Zollunion vorgesehen; Österreich sollte in den Grenzen aus der Zeit vor 1938 wiedererstehen.

Nach dem Morgenthau-Plan bildeten Ruhrgebiet, Rheinland und das Gebiet bis zum Nord-Ostsee-Kanal "das Herz der deutschen Industriemacht. In diesem Gebiet muß nicht nur die gesamte Industrie demontiert, sondern dieser Raum muß so geschwächt und kontrolliert werden" daß er sich in voraussehbarer Zukunft nicht wieder zu einem Industriegebiet entwickeln kann".

Deshalb seien tunlichst innerhalb von sechs Monaten nach Einstellung der Kämpfe "alle Industriewerke und Anlagen, die durch den Krieg nicht zerstört worden sind, vollständig zu demontieren und den alliierten Nationen als Wiedergutmachung auszuliefern. Aus den Bergwerken sind alle Maschinen zu entfernen, die Bergwerke sind zu schließen".

"Reparationen in Form von zukünftigen Zahlungen und Lieferungen" sollten "nicht verlangt werden". Dennoch war eine andere Form der Wiedergutmachung vorgesehen: Überführung der vorhandenen deutschen Hilfsmittel und gewisser Territorien in ausländischen Besitz, Einsatz deutscher Zwangsarbeiter im Ausland, Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens.

In Deutschland "werden alle Schulen und Universitäten geschlossen, bis eine alliierte Erziehungskommission ein effektives Reorganisationsprogramm ausgearbeitet hat. Es wird damit gerechnet, daß eine gewisse Zeit vergeht, ehe Institutionen des höheren Bildungswesens wieder zugelassen werden.

"In der Zwischenzeit ist deutschen Studenten erlaubt, an ausländischen Universitäten zu studieren. Die Volksschulen werden wieder geöffnet, sobald geeignete Lehrer und Schulbücher vorhanden sind. Alle deutschen Rundfunkstationen werden geschlossen; Zeitungen und Zeitschriften stellen ihr Erscheinen ein, bis geeignete Kontrollen und ein angemessenes Programm bestehen".

Die Verfasser des Morgenthau-Plans, entschiedene Förderer einer Zerstückelung Deutschlands, sahen in der militärischen Besetzung des Landes einen Schritt zur Teilung Deutschlands. Daher sollten die Militärbehörden alle politischen Beamten Deutschlands entlassen und mit den Ortsbehörden verhandeln, die ihrerseits in den projektierten Staaten Norddeutschland und Süddeutschland rechtzeitig zentrale Regierungen zu bilden hatten.

Weiter hieß es im Morgenthau-Memorandum: "Die militärische Kontrolle über die deutsche Wirtschaft dient einzig und allein der Förderung militärischer Operationen und der militärischen Besetzung. Die alliierte Militärregierung übernimmt keine Verantwortung für solche Wirtschaftsprobleme wie Preiskontrollen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau, Vertrieb, Konsum, Wohnungs- oder Verkehrswesen.

"Sie trifft keinerlei Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der deutschen Wirtschaft. Das deutsche Volk muß in eigener Verantwortung und unter Nutzung der gegebenen Umstände für die deutsche Wirtschaft aufkommen."

Mindestens 20 Jahre lang sollten die Alliierten den Außenhandel und die Kapitalimporte Deutschlands kontrollieren; dabei setzte man sich das Ziel, die Errichtung oder Expansion der Schlüsselindustrien zu verhindern, die "als Grundlage für das deutsche Militärpotential dienen". Weitere Forderungen: Auflösung des Großgrundbesitzes und Verteilung "an die Bauern", Abschaffung des "Erstgeburtsrechts und der unveräußerlichen Erbgüter".

Die Forderung nach Bestrafung der Kriegsverbrecher stand ebenso im Morgenthau-Plan wie Roosevelts besondere Empfehlungen: "Den Deutschen ist das Tragen jeglicher Militäruniformen oder Uniformen paramilitärischer Organisationen untersagt. Militärische Paraden sind verboten, alle Militärkapellen aufzulösen." Den Deutschen sollte sogar verboten werden, ausländische Flugzeuge zu bedienen oder zu warten.

Abschließend schrieben die Autoren: "Die Vereinigten Staaten werden zwar in jeder internationalen Deutschland-Kommission vertreten sein, dennoch müssen in erster Linie die Streitkräfte der kontinentalen Nachbarstaaten Deutschlands die Verantwortung für die Überwachung und Zivilverwaltung des besetzten Landes übernehmen. Dazu sollten sowjetische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten herangezogen werden."

Im letzten Satz des Morgenthau-Plans wurde kategorisch ausgesprochen, was der Präsident für einen Wunsch des amerikanischen Volkes hielt: "Dieses Programm sieht die Möglichkeit vor, die US-Truppen innerhalb einer relativ kurzen Frist heimzuführen."

Henry Morgenthau hatte sein Programm formuliert. Jetzt kam es darauf an, den Morgenthau-Plan zum Programm der Vereinigten Staaten zu machen. Noch am Tage der Fertigstellung des Memorandums, am 4. September 1944, legte Morgenthau bei einem Essen mit Henry Stimson, John McCloy und Harry White seinen Deutschland-Plan vor.

Kriegsminister Stimson griff sogleich, wie Harry White sich erinnert, den wirtschaftlichen Teil dieses Planes an. "Er wies vor allem darauf hin, daß durch die Zerstörung eines großen Teils der deutschen Industrie 30 Millionen Menschen dem Hunger ausgeliefert würden.

White fährt fort: "Stimson stimmte der Abtretung Schlesiens und eines Teiles von Ostpreußen

zu, und er hielt auch eine strenge Verfolgung der Kriegsverbrecher für richtig. Er glaubte jedoch nicht, daß die Zerstörung der deutschen Industrie das geeignete Mittel sei, zukünftige Kriege zu verhindern."

Am nächsten Tag erläuterte Stimson seine Argumente auf einer Besprechung des Kabinettsausschusses für Deutschland-Fragen, zu dessen Vorsitzendem Roosevelt seinen Intimus Harry Hopkins bestellt hatte. "Immer nachdrücklicher", so berichtete Morgenthau seinen Mitarbeitern, "sprach Stimson sich dagegen aus, daß die Industrieproduktion eingestellt würde. Er sagte, das widerspräche den Prinzipien der Wirtschaft."

Dagegen setzte sich Außenminister Hull immer mehr für drastische Maßnahmen ein. Als auch Hopkins zu verstehen gab, daß er mit Stimsons Schlußfolgerungen nicht einverstanden sei, rief der Kriegsminister: "Hier wird nur Brutalität mit Brutalität bekämpft."

Darauf Hull: "Dieser Nationalsozialismus sitzt dem deutschen Volk so tief in den Knochen, daß man ihn gänzlich ausmerzen muß." Morgenthau erinnert sich, daß Stimson daraufhin "lang und breit die juristischen Fragen erörterte, wie die Prozesse durchgeführt werden sollten, bevor die Leute exekutiert würden. Hull will nicht warten; er möchte sie alle im Morgengrauen liquidieren".

Die drei Kabinettsmitglieder konnten sich nur darauf einigen "getrennte Memoranden auszuarbeiten. Morgenthau glaubte, Stimson sehe in Deutschland einen Pufferstaat gegenüber der Sowjet-Union. In Wirklichkeit machte Stimson sich weniger Gedanken darüber, welche Folgen der Morgenthau-Plan für Rußland haben könnte; ihm ging es um die Zukunft der europäischen Wirtschaft und die endgültige Rehabilitierung Deutschlands.

In seinem Memorandum an Roosevelt griff Stimson den Morgenthau-Plan heftig an:

"Ich kann mir vorstellen, daß ein Versuch, diesen Plan zu verwirklichen, böse Folgen haben könnte. Während der vergangenen 80 Jahre bildeten die Rohstoffquellen des Ruhrgebiets und des Saarlands die Grundlage für die industrielle und wirtschaftliche Existenz Europas. Deutschland wurde dadurch zum größten Lieferanten für nicht weniger als zehn europäische Länder. Man kann also diese westdeutschen Produktionsstätten nicht einfach vernichten, ohne dem gesamten europäischen Handel einen großen Schaden zuzufügen.

"Deutschland hat in jüngster Zeit mit der Produktion des Rhein- und Saargebiets ungeheuren Mißbrauch getrieben; und ich kann sehr wohl verstehen, daß man durch ein Kontroll- oder Treuhandsystem oder sogar durch Enteignung künftigen Mißbrauch zu verhindern sucht. Aber ich kann nicht begreifen, daß man ein solches Geschenk der Natur in einen Schutthaufen verwandeln will."

"Ich kann mich auch nicht mit dem Plan einverstanden erklären, die Deutschen "auf dem Existenzminimum" zu halten; das deutsche Volk würde dadurch zur Sklaverei verurteilt werden, und es könnte seine Position in der Weltwirtschaft selbst durch äußersten Fleiß nicht verbessern. Die Folgen wären neue Spannungen und Ressentiments, die den unmittelbaren Vorteil für die Sicherheit weit überwögen und außerdem die Schuld der Nazis in Vergessenheit geraten ließen."

Am Nachmittag des 6. September 1944 trugen Morgenthau und Stimson im Weißen Haus ihre entgegengesetzten Argumente vor, wobei Hopkins die Meinung Morgenthaus unterstützte, während Hull sich diesmal mehr der Seite Stimsons näherte.

"Der Präsident", so berichtet Morgenthau, "nahm zur Ruhrfrage den gleichen Standpunkt ein wie ich: Von einer Stilllegung der Ruhrindustrie würde das Stahlgeschäft der Briten den entscheidenden Vorteil haben. Aber Roosevelt war nach wie vor der Meinung, diese Wirtschaftsfragen könnten später gelöst werden, es habe damit "keine sonderliche Eile".

"Dann wechselte der Präsident plötzlich das Thema. Er erinnerte an die Zeit, als die Leute noch Kleidung aus selbstgesponnener Wolle trugen, und sagte, er sehe nicht ein, warum die Deutschen nicht in die Zeit von 1810 zurückversetzt werden sollten; sie würden zwar auf jeg-

lichen Luxus verzichten müssen, sich aber im übrigen durchaus wohl fühlen."

Die Aussprache zwischen dem Finanz- und dem Kriegsministerium wurde am 7. September fortgesetzt. Die Diskussion konzentrierte sich weitgehend auf die Frage der Entnazifizierung. Stimsons Unterstaatssekretär McCloy erklärte, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit würde die Armee einige NSDAP-Mitglieder -- zum Beispiel Stenographen -- weiterbeschäftigen müssen, ebenso wie sie in Italien einige Faschisten verwendet hatte.

Morgenthau erwiderte: "Ich hatte gehofft, Sie würden in Deutschland das tun, was Sie in Italien nicht getan haben." Darauf McCloy: "Nun ja, wir können doch nicht sofort jedes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei beseitigen."

Als Morgenthau fragte: "Warum nicht?" sagte McCloy, es gebe zu viele, über 13 Millionen, und die Armee würde nicht soviel eigenes Personal beschaffen können, um alle diese Deutschen zu ersetzen.

General Hilldring, Abteilungschef im Kriegsministerium, unterstützte die Argumentation McCloy: Wenn Eisenhower beim Einmarsch in feindliches Gebiet sogleich in jedem Dorf alle Regierungsgewalt beseitigte, würde hinter seinen eigenen Linien ein Chaos entstehen, das die Niederlage der deutschen Armee nur verzögern könnte. Daraufhin stimmte Morgenthau schließlich zu, vor der deutschen Kapitulation Nazis zu verwenden.

Am 9. September 1944 übergaben Morgenthau, Stimson und Hull im Weißen Haus ihre Memoranden über die Behandlung Deutschlands. Morgenthau berichtet darüber: "Der Präsident blätterte in dem Schriftstück des Finanzministeriums und las laut vor: "Es ist ein Trugschluß, daß Europa ein starkes industrielles Deutschland braucht. Er sagte: "Diese Feststellung lese ich zum erstenmal, aber ich stimme der Auffassung zu. Außerdem schwebt mir ein landwirtschaftliches Deutschland vor."

Dann kam die Rede auf die bevorstehende Konferenz zwischen Churchill und Roosevelt in Quebec. Schon zu Beginn der Besprechung hatte der Präsident den Außenminister Hull gefragt, ob er nicht nach Quebec mitkommen wolle. Hull wehrte ab, er sei zu abgespannt.

Roosevelt: "Ich glaube, in Quebec werden zwei Punkte auf der Tagesordnung stehen, erstens die militärischen Fragen und zum anderen Finanzfragen, weil Churchill nach wie vor meint, er sei blank ... Wenn sie die finanzielle Situation zur Sprache bringen, dann würde ich wünschen, daß Henry nach Quebec kommt."

Morgenthau war dennoch überrascht, als Roosevelt ihn drei Tage später telegraphisch nach Quebec bat. Er hatte vorher noch nie eine angloamerikanische Gipfel-Konferenz besucht. Schon am ersten Abend war Gelegenheit, bei einem Bankett die Deutschlandpläne des Finanzministeriums zu erklären.

Morgenthau erinnert sich: "Ich hatte kaum begonnen, als leises Gemurmel und unheilvolle Blicke mir zu verstehen gaben, daß Churchill nicht gerade begeistert war. Als ich meinen Vortrag beendete, ließ er seinen ganzen Sarkasmus auf mich niederprasseln. Er sagte, der Plan des Finanzministeriums würde ihn an einen toten Deutschen ketten.

"Tief in seinen Sessel versunken, saß der Premierminister da, sein Redeschwall nahm kein Ende. Der Präsident sagte nur wenig. Er ließ den Premierminister erst einmal sein Pulver im Angriff auf mich verschießen; dann konnte er mit seinem ansteckenden Humor eingreifen und die Wogen glätten. Ich ging jedoch ganz unglücklich zu Bett und verbrachte eine schlaflose Nacht."

Am nächsten Morgen tröstete Churchills Chefberater Lord Cherwell den amerikanischen Finanzminister: Der Premierminister habe überhaupt nicht verstanden, worauf Morgenthau hinauswollte. Nachdem sie den Plan gemeinsam erörtert hatten, gingen Morgenthau und Cherwell zu der entscheidenden Sitzung mit Roosevelt, Churchill und Englands Außenminister Eden.

Churchill fragte sogleich nach dem Protokoll über die Besprechung zwischen Cherwell und

Morgenthau. "Gemäß unserer Absprache sagten wir", so erinnert sich Morgenthau, "wir hätten es nicht. Ich hatte nämlich beim Durchlesen des Protokolls den Eindruck gewonnen, Cherwell habe die Angelegenheit zu schwach dargestellt. Churchill war zunächst verstimmt, dann sagte er: "Gut, ich werde es neu formulieren."

Dann schlug Churchill vor, Lord Cherwell und ich sollten versuchen, die neue Fassung zu Papier zu bringen. Als er wenig später unser sehr kurzes Memorandum las, sagte er: "Nein, das ist nicht das, was ich möchte." Darauf ließ er seine Sekretärin rufen und formulierte selbst das Memorandum. Churchill benutzte beim Diktieren meine Kurzfassung als eine Art Vorlage."

Als er an die Stelle kam, wo die Frage der chemischen, der Metall- und Elektroindustrie behandelt wurde, ließ Roosevelt die wichtigen Worte "in Deutschland" einfügen. Wie sich später herausstellte, dachte er dabei nicht nur an das Ruhrgebiet und das Saarland, sondern an ganz Deutschland; ihm war bewußt, wie leicht man diese Industrien von Friedens- auf Kriegsproduktion umstellen kann."

"Natürlich ist die Tatsache", so notierte sich Morgenthau, "daß Churchill das Memorandum selbst diktiert hat, eine ungeheure Unterstützung für die ganze Angelegenheit. Ich bin sehr glücklich darüber, weil wir genau das erreicht haben, worauf es uns ankam."

Tatsächlich spricht aus dem Schriftstück, das Roosevelt und Churchill am 15. September unterzeichneten, eine unerbittliche Haltung gegenüber Deutschland: "Es muß daran erinnert werden, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrie Rußlands und anderer alliierter Länder zerstört haben, und es ist nur gerecht, wenn man diesen Ländern gestattet, Maschinen aus Deutschland abzutransportieren."

"Die erwähnten Industrien des Ruhrgebietes und des Saarlandes würden daher notwendigerweise stillgelegt und geschlossen werden. Die beiden Gebiete sollen der Weltorganisation unterstellt werden. Das Programm zur Beseitigung der Kriegsindustrie im Ruhr- und Saargebiet sieht vor, Deutschland in ein Land mit vorwiegend landwirtschaftlichem und ländlichem Charakter zu verwandeln."

Als Morgenthau wieder in Washington war, berichtete er seinen Mitarbeitern, die Sache in Quebec sei "unglaublich gut gelaufen. Soweit es mich persönlich betrifft, war es der Höhepunkt meiner ganzen Laufbahn als Regierungsmitglied. Churchill war am meisten von dem Vorschlag gefesselt, daß England das deutsche Exportgeschäft bekommen würde; an diesen Köder biß er an".

Harry White, der Morgenthau nach Quebec begleitet hatte, behauptete später, Churchill habe den Morgenthau-Plan geradezu als Gegenleistung für die amerikanische Zusicherung eines Dollar-Kredites akzeptiert. "Was verlangen Sie von mir", soll Churchill den Präsidenten gefragt haben, "soll ich aufstehen und betteln?" Nachdem sich Churchill mündlich mit Morgenthaus Vorschlägen einverstanden erklärt hatte, gab Roosevelt seine Zustimmung zu dem Kreditabkommen.

Morgenthau hielt Whites Darstellung für falsch. Später erkannte allerdings auch er, daß in Quebec tatsächlich ein gewisser Zusammenhang zwischen der Deutschland-Frage und dem Kreditabkommen bestanden hatte.

Im Quebecker Abkommen war viel weniger entschieden worden, als Morgenthau zunächst glaubte. Die Sprache des Abkommens bedurfte der Interpretation. Ein Land mit "vorwiegend landwirtschaftlichem" Charakter könnte in zweiter Linie immer noch Industriecharakter tragen. Auch war aus dem Memorandum nicht genau ersichtlich, welches Gebiet Deutschland umfassen und auf welche Weise es -- wenn überhaupt -- geteilt werden sollte.

Am 20. September 1944 erstattete Morgenthau dem Außenminister und dem Kriegsminister Bericht. Stimson notierte in seinem Tagebuch: "Er machte es großartig, aber für uns war es der Bericht einer schweren Niederlage." Außenminister Hull war verstimmt, weil Roosevelt in

Quebec ohne ihn Außenpolitik gemacht hatte.

"Je wirksamer er den dritten Weltkrieg verhindert", so rechtfertigte Morgenthau seinen Plan, "desto humaner wird er sein."

Auch werde die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht zum Stillstand gebracht, sondern lediglich in friedliche Bahnen gelenkt. Die Deutschen würden die Energien, die sie früher dem Krieg widmeten, jetzt für soziale Aufgaben einsetzen.

Über einen ganz persönlichen Grund seiner Überzeugungen hat Morgenthau nichts geschrieben. Er sagte oft, er sei von Beruf Obstbauer. Wer in der Landwirtschaft arbeite, erlange eine höhere Befriedigung als jeder Industriemanager oder -arbeiter. Morgenthau war überzeugt, daß eine Agrargesellschaft dem Paradies auf Erden am nächsten komme.

Indem die Menschen das Land bebauten, kultivierten sie zugleich ihre Seelen und ernteten Verständnis füreinander, für die Gemeinschaft, für Menschenwürde und demokratisches Verhalten. In einem Agrarland würde es den Deutschen also nicht nur an den Mitteln fehlen, sich erneut auf Eroberungsfahrt zu begeben, sondern sie fänden auch die Mittel zur Selbsterneuerung.

Stimson dagegen konnte den Morgenthau-Plan nur als Funktion jüdischer Rache ansehen. Dabei gab es unter den Befürwortern des Plans bedeutende Christen wie James B. Conant und unter den Gegnern einflußreiche Juden wie den Oberrichter Felix Frankfurter. Keiner der beiden Kontrahenten -- weder Stimson noch Morgenthau -- begriff die Motive des anderen.

Roosevelt kehrte alsbald zu seiner zwiespältigen Haltung zurück. Möglicherweise wurde er bei seinem Abrücken vom Morgenthau-Plan durch die ständige Forderung der Russen nach Reparationen aus der deutschen Industrieproduktion beeinflußt. Aber entscheidend war die Reaktion der Öffentlichkeit auf einige Meldungen über den offiziell noch geheimgehaltenen Inhalt des Morgenthau-Plans und des Abkommens von Quebec.

Am 23. September wurden im "Wall Street Journal" die wichtigsten Einzelheiten des Morgenthau-Plans beschrieben; das Blatt meldete auch, daß der Plan innerhalb des Kabinetts auf beträchtlichen Widerstand gestoßen sei.

Der Kolumnist Arthur Kroch teilte in der "New York Times" mit, daß Roosevelt die Verantwortung für die Deutschlandplanung wieder dem Außenministerium übertragen habe; er sah darin eine Reaktion des Präsidenten auf die Propaganda hoher Nazi-Funktionäre, die mit dem Hinweis auf das Quebecer Programm den Widerstand gegen die alliierten Truppen zu festigen suchten.

Tatsächlich hatte Goebbels den Morgenthau-Plan in Rundfunk und Presse scharf angegriffen, aber Amerikas militärischer Geheimdienst bezweifelte, ob die Propaganda überhaupt noch Einfluß auf die militärische Lage haben könnte.

Einige amerikanische Zeitungen übten an dem Morgenthau-Plan heftige Kritik, andere billigten ihn (von den 33 wichtigsten Zeitungen Amerikas lehnten 25 den Morgenthau-Plan ab). Die Kritik jedoch erschwerte Roosevelts Position in den ersten Wochen des Wahlkampfes. Der Gegenkandidat, Gouverneur Thomas Dewey aus New York, machte den Morgenthau-Plan für die heftigen Kämpfe an der deutschen West-Grenze verantwortlich.

Da der Präsident während des Wahlkampfes jede unnötige Kontroverse scheute und überdies die Republikaner den Morgenthau-Plan verurteilten, wollte er in dieser Zeit nicht mit dem Plan in Zusammenhang gebracht werden.

Auf seiner Pressekonferenz am 29. September dementierte er, daß es wegen der Deutschland-Frage im Kabinett zu einem Bruch gekommen sei. Am gleichen Tag forderte er das Außenministerium auf, allein das "Deutschland-Problem zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten", und dem Außenminister Hull gab er zu verstehen, "niemand wünsche eine "vollständige Vernichtung der deutschen Industriekapazität im Ruhrgebiet und Saarland"".

Außerdem schickte der Präsident an den Außen-, den Kriegs- und den Finanzminister ein

Memorandum, in dem er eine Aufgabenteilung bei der Deutschland-Planung vorschlug; das Finanzministerium etwa sollte sich künftig auf Finanzfragen beschränken.

Kriegsminister Stimson notierte sich über ein Gespräch mit dem Präsidenten: "Er (Roosevelt) sagte, er habe nicht die Absicht, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln; es gehe ihm nur darum, Großbritannien zu helfen, das "pleite" sei ... Er erklärte das so bestimmt, daß ich ihn an das von Churchill entworfene Schriftstück erinnerte. Ich las ihm drei Sätze vor. Roosevelt war darüber ehrlich bestürzt und sagte, es sei ihm unbegreiflich, wie er so etwas habe unterzeichnen können."

Morgenthau wußte natürlich nichts von Roosevelts Gespräch mit Stimson. Er hatte von sich aus darauf verzichtet, vor Beendigung der Wahlkampagne zur Deutschland-Planung Stellung zu nehmen.

Innerhalb des Kabinetts veränderte sich inzwischen das Kräfteverhältnis. Hull hatte einen neubearbeiteten Deutschland-Plan des Außenministeriums vorgelegt, in dem etwa vorgeschlagen wurde, eine Entscheidung über die Teilung des Landes aufzuschieben. Der Präsident gab zu verstehen, er hasse es, "detaillierte Pläne für ein Land" auszuarbeiten, "das wir noch nicht besetzt haben".

Am Wahltag hatte Henry Morgenthau fast allen Boden, den er vor und während der Quebec-Konferenz gewonnen hatte, wieder verloren. Als Roosevelt am 7. November wiedergewählt worden war, hoffte Morgenthau jedoch, bald wieder alles aufzuholen.

Zu dieser Zeit wurden vom amerikanischen Generalstab (Joint Chiefs of Staff = JCS) Anweisungen für die Deutschland-Politik nach der Kapitulation erarbeitet. Außer dem Kriegsministerium beteiligten sich an der Ausarbeitung dieser sogenannten Direktive JCS 1067 auch das Außenministerium und das Finanzministerium; die Oberaufsicht führte John J. McCloy, während sich Kriegsminister Stimson selbst aus der ganzen Kontroverse über die Deutschland-Frage zurückgezogen hatte.

McCloy lehnte wie Stimson die Bestimmungen des Morgenthau-Plans über die Industrie ab und hatte auch starke Vorbehalte gegenüber dessen politischem Inhalt, doch er war ebenso entschlossen wie Morgenthau, den Nationalsozialismus zu zerschlagen, und ebenso entschlossen wie Eisenhower, die Militärregierung in Deutschland zu einem möglichst wirksamen Instrument zu machen.

Als Morgenthau im November 1944 seine Aufmerksamkeit auf die Direktive 1067 lenkte, erhielt er von McCloy einen britischen Entwurf zur Besatzungspolitik. Er war über die britischen Richtlinien entsetzt, vor allem monierte er, daß die Engländer nicht die Beseitigung der deutschen Schwerindustrie, die Teilung Deutschlands und die Internationalisierung des Ruhrgebietes verlangten.

In vielen Punkten teilte McCloy die Kritik des Finanzministeriums. Wie Morgenthau fand er, das englische Dokument lege allzu großes Gewicht auf die Erhaltung des deutschen Staates und schenke der Festnahme und Haft von Nazis zu wenig Beachtung.

Außerdem wandte McCloy ein: "Die Engländer glauben allen Ernstes, sie würden in ein Land gehen, in dem es eine Regierung gibt, und sie würden über diese Regierung eine Kontrolle ausüben. Dabei wird doch die Militärregierung die einzige Regierung in Deutschland sein, und obwohl wir deutsche Beamte verwenden können, werden sie nur Instrumente und dem Militär verantwortlich sein."

Schließlich ermunterte McCloy den Finanzminister, die Einwände gegen den britischen Entwurf mit Lord Cherwell zu besprechen. Cherwell ging auf Morgenthaus Kritik ein und versprach, das englische Militär aufzufordern, seine Direktive mit den Vorstellungen der Amerikaner in Einklang zu bringen. Aber in London stellte sich bald heraus, daß Englands Militär die Direktive JCS 1067 nach wie vor ablehnte, vor allem die aus dem Morgenthau-Plan abgeleiteten Passagen.

Das Kriegsministerium in Washington versuchte weiterhin, den amerikanischen Entwurf zu entschärfen. Die Russen, so teilte Stimson Morgenthau mit, müßten sich zu der amerikanischen Direktive noch äußern. Aus Untersuchungen des militärischen Geheimdienstes ergebe sich jedoch, daß Rußland auf einer Politik bestehen würde, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch seiner Besatzungszone verhindere. Die Russen würden Wert darauf legen, die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion zu beziehen und nicht aus stehenden Maschinen und Einrichtungen.

Soweit der amerikanische Geheimdienst damals ermitteln konnte, würden weder Russen noch Engländer bereit sein, ihre Besatzungszone nach den Richtlinien der Direktive JCS 1067 zu regieren. Morgenthau aber konnte einzig in dem damals vorliegenden Entwurf dieser Direktive eine Darstellung seiner eigenen Absichten finden.

Nach diesem Entwurf sollte die amerikanische Politik "keine Anstrengung zur Rehabilitierung oder Unterstützung des deutschen Volkes" unternehmen. Es sei nicht Aufgabe der Amerikaner, aus Deutschland wieder ein "glückliches Land" zu machen.

"Es werden", so hieß es darin, "keine Schritte eingeleitet zur Erhaltung und Stärkung der deutschen Wirtschaft, außer solchen, die notwendig sind zur Verhinderung von Epidemien oder ernsthaften Unruhen, welche die Streitkräfte gefährden würden."

In Washington wurde diese Frage weiterhin diskutiert. Die meisten Offiziere der Armee im Feld, im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte und in der politischen Abteilung des Kriegsministeriums waren gegen diesen Vorschlag, hauptsächlich weil sie ihn für nicht praktikabel hielten.

Am 19. Dezember 1944 erfuhr Morgenthau dann auch von Roosevelts Schwiegersohn, dem Zeitungsherausgeber und General John Boettiger, daß die Armee in Aachen auf Schwierigkeiten gestoßen war. Nach Boettigers Bericht gab es offensichtlich keine Deutschen, die "den Alliierten gut gesonnen waren.

Die Stadt lag in Schutt und Asche ("Es gibt dort kein Haus mit einem heilen Dach"), und Boettiger glaubte daher, die Besatzungsbehörden müßten die Macht in Aachen übernehmen, nicht nur um Unordnung zu verhüten, sondern auch um die noch vorhandenen Produktionsanlagen zur Belieferung anderer Teile Europas einzusetzen.

Dazu notierte Morgenthau: "Die Nationalökonomien im Kriegsministerium sind der Meinung, Europa brauche die deutsche Kohle. Boettiger sagt, wenn wir die Bergwerke aufbauen, müssen wir die Menschen ernähren, die in den Bergwerken arbeiten. Wir müssen die Kohlen abtransportieren. Er meint, wir sollten Mindestlöhne und Preise und den Vertrieb überwachen, sonst wäre Deutschland einem Chaos ausgeliefert, Revolutionen würden entstehen und sich über ganz Europa ausbreiten."

Von Boettiger um seine Zustimmung gefragt, antwortete der Finanzminister: "Jetzt, da ich begreife, was Sie meinen, lautet meine Antwort: Nein, diese Verantwortung wollen wir nicht. Mein Standpunkt hat sich um keinen Deut geändert. Ich will Deutschland nicht zerstören, aber ich möchte, daß die Deutschen für sich selbst aufkommen."

Auch das Außenministerium stieß bei Morgenthau auf Unnachgiebigkeit: Es schickte ihm eine Nachricht von Robert Murphy, Eisenhowers politischem Berater, und bat ihn, in die Direktive JCS 1067 Anweisungen zur Verhinderung einer Inflation in Deutschland einzuarbeiten.

Morgenthau lehnte ab. Murphy warnte außerdem, eine weitgehende Entlassung deutscher Regierungsbeamter, Führungskräfte in der Industrie und im Finanzwesen würde in der Verwaltung ein verheerendes Vakuum schaffen, welches chaotische soziale und wirtschaftliche Bedingungen begünstigen würde.

Morgenthau verlangte dagegen mit Erfolg, daß McCloy in die Direktive JCS 1067 folgende Bestimmung aufnahm: "Solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, darf allgemein angenom-

men werden, daß ein Deutscher selbst in untergeordneter Dienststellung ein Nazi oder Anhänger der Nazis war." Nach Morgenthau's Auslegung wurde mit diesem Satz den Deutschen die Beweislast auferlegt statt den amerikanischen Offizieren.

Die Finanzbestimmungen in der Direktive JCS 1067 formulierte zum größten Teil der Morgenthau-Anhänger Oberst Bernstein. Bernstein sorgte dafür, daß in dem Entwurf des Finanzministeriums zu der Direktive ausdrücklich gefordert wurde, die Verantwortung für Steuerwesen und öffentliche Finanzen den Deutschen zu überlassen.

Dem Oberbefehlshaber in der US-Zone sollte es untersagt sein, einen allgemeinen Wechselkurs für die Reichsmark einzuführen, außer bei Zahlungen der Truppe und für die Abrechnung des Militärs. Er könnte von den deutschen Behörden verlangen, Reichsmark oder kostenlose Bankkredite in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen zur Deckung aller Ausgaben der Besatzungsmächte.

Der Oberbefehlshaber sollte Börsen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche Institutionen bis zum Abschluß der Entnazifizierung schließen, die Zahlung von Kriegsrenten an frühere Mitglieder der Nazipartei oder ihrer Nebenorganisationen verbieten, alle Geschäfte mit Gold, Silber und Devisen und jegliche Handelstransaktionen untersagen oder regulieren.

Als der Entwurf abgeschlossen war, überließ Morgenthau die weiteren Verhandlungen über dieses Thema seinen Untergebenen. Er richtete seine Aufmerksamkeit wieder mehr auf eine langfristige Deutschland-Politik, vor allem auf die Vorschläge aus dem Außenministerium.

Ein neugebildetes Koordinierungskomitee aus Mitarbeitern des Außen-, Kriegs- und Marineministeriums erleichterte die Zusammenarbeit zwischen den Ministern der gemäßigten Richtung: Stettinius, der den erkrankten Außenminister Hull vertrat, und Marineminister James Forrestal.

Zum Verbindungsbeamten zwischen dem Außenministerium und dem Präsidenten wurde Charles E. Bohlen ernannt, der mit sowjetischen Fragen besonders vertraut war.

Die Unentschlossenheit Roosevelts ermutigte die Beamten des Außenministeriums wohl am meisten, ihre Einwände gegen den Morgenthau-Plan nachdrücklich zu betonen. Morgenthau's Ansichten wiederum wurden vorübergehend von dem Senatsunterausschuß für Fragen der Kriegsmobilisierung unterstützt, dessen Vorsitzender der Demokrat Harley M. Kilgore war.

Der Kilgore-Ausschuß berichtete: "Im Rahmen eines echten Abrüstungs-Programms ist nicht nur die Demontage der direkten Rüstungsindustrie erforderlich, sondern auch die Demontage der vorwiegend indirekten Rüstungsindustrie, einschließlich der Hütten- und chemischen Industrie."

Um "den deutschen Imperialismus für immer zu zerschlagen", empfahl das Komitee, "die Struktur und die Leitung der deutschen Industrie in der Weise zu ändern, daß sie nie wieder Kriegszwecken dienen kann".

Der Bericht beeindruckte nicht nur Morgenthau, sondern auch Roosevelt. "Gestern sagte der Präsident", so berichtete der Finanzminister am 16. November, "er mache sich nichts daraus, was die Öffentlichkeit über den Kilgore-Bericht denkt. Er findet den Bericht großartig." Roosevelt bat auch Morgenthau, den vom Außenministerium ausgearbeiteten Entwurf über die deutsche Wirtschaft zu überprüfen.

Stettinius war darüber verwundert, denn am selben Tag hatte der Präsident sich mit dem Entwurf des Außenamts grundsätzlich einverstanden erklärt. Er ließ sogleich eine "Zusammenfassung über die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands" ausarbeiten, in der von einer Entindustrialisierung nicht die Rede war und nachdrücklich auf die Bedeutung Deutschlands für die europäische Wirtschaft hingewiesen wurde.

Dennoch kamen Morgenthau und Stettinius gut miteinander aus. Außenminister Hull, krank und verbittert, hatte sein Rücktrittsgesuch nur aufgeschoben, um den Präsidenten vor der Wahl nicht in Verlegenheit zu bringen. Als Hull schließlich ging, trat Morgenthau in einem

Gespräch mit Eleanor Roosevelt dafür ein, daß Stettinius das Amt übernahm, Der neue Außenminister vertrat in der Deutschland-Frage eine andere Meinung als Morgenthau. Im Unterschied zu Hull verstand es Stettinius, ohne Groll anderer Meinung zu sein. Für den 10. Januar 1945 vereinbarten beide Minister eine gemeinsame Aussprache mit dem Präsidenten. Zur Vorbereitung dieses Treffens ließ Morgenthau eine eindeutige Erklärung über seine Haltung in der Deutschland-Frage abfassen. In dieser Erklärung hieß es, Untersuchungen während der letzten Monate hätten Morgenthaus Überzeugung bestätigt, daß die deutsche Nation gewillt ist, nochmals die Welt zu erobern; Demokratie, Umerziehung und Güte könnten diesen Willen in kurzer Zeit nicht brechen.

"Mehr und mehr komme ich zu der Überzeugung", so erklärte Morgenthau, "daß die meisten eine Schwächung Deutschlands nur aus Furcht vor Rußland und dem Kommunismus ablehnen; sie hängen an der 20 Jahre alten Idee von dem "Bollwerk gegen den Bolschewismus. Weil die Vertreter dieses Standpunkts nicht bereit sind, das eigentliche Problem auf den Tisch zu legen, werden nebulöse Argumente vorgebracht zur Unterstützung des Vorschlags, Deutschland müsse wiederaufgebaut werden. Zum Beispiel:

- "der Trugschluß, Europa brauche ein Deutschland mit einer starken Industrie;
- die Behauptung, laufende Reparationen aus der wiederaufgebauten Industrie seien notwendig, damit Deutschland für die Zerstörungen büßt, die es verursacht hat;
- der naive Glaube, daß Abtransport oder Zerstörung der Rüstungsindustrie ausreicht, Deutschland an einem neuen Krieg zu hindern; "die unlogische Annahme, ein versöhnlicher Friede würde die Entwicklung der Demokratie in Deutschland erleichtern;
- der Fehlschluß, daß die Umwandlung Deutschlands in ein Land mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter ohne Schwerindustrie zu einer Hungersnot führen würde."

Morgenthau fährt fort: "Wenn wir der Diskussion dieses Problems aus dem Wege gehen, werden wir uns durch hohle und scheinheilige Propaganda dazu verleiten lassen, erneut ein starkes Deutschland zu schaffen und ein Feind Rußlands zu werden. Ich erschauere bei dem Gedanken an das, was folgen wird."

Der Minister entschloß sich dann aber, diese Erklärung nicht am 10. Januar Roosevelt zu unterbreiten." Der Präsident war sehr müde", so erzählte Morgenthau nach der Unterredung, "und ich bin sehr froh, daß ich ihm das Papier nicht gegeben habe. Wir werden es in die Mappe legen."

Trotzdem blieb der Minister in seiner Absicht unerschütterlich. Vor einem Treffen mit Vertretern des Außenministeriums versuchten seine Ratgeber White, Luxford und DuBois, Morgenthaus Ansichten zu entschärfen: "Wir sind alle der Meinung, es wäre zweckvoller, wenn Sie sich in der Diskussion über die Behandlung der Kohlenbergwerke ein wenig vage ausdrücken würden."

"Ich werde meine Haltung nicht ändern", entgegnete Morgenthau ... Es hat keinen Zweck, auf mich einzureden." Die Deutschen stellten von Kohle Farben und andere synthetische Stoffe her. Wenn man ihnen gestattete, Fahrräder oder Kinderwagen herzustellen, könnten sie ebensogut Flugzeuge bauen.

Stettinius und seine Kollegen legten ihre Vorschläge in dem "Briefing Book" nieder, das sie für die bevorstehende Jalta-Konferenz zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin vorbereitet hatten. Das Außenministerium empfahl für ganz Deutschland eine alliierte Zentral-Regierung und nicht eine Teilung des Landes. Es begrüßte die Entmilitarisierung Deutschlands und die Zerstörung der Fabriken und Maschinen, "die nicht auf friedliche Zwecke umgestellt werden können

Das langfristige Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik wurde in den Außenamts-Vorschlägen definiert als "Angleichung des deutschen Volkes an die Weltgemeinschaft der friedliebenden Nationen". Die völlige Zerschlagung der deutschen Wirtschaft würde zu einer

allgemeinen Senkung des europäischen Lebensstandards führen.

Um die Argumente des Außenministeriums zu widerlegen, unterbreitete White jetzt dem AA-Vertreter James Dunn das Memorandum des Finanzministeriums, das Morgenthau ursprünglich am 10. Januar dem Präsidenten überreichen wollte. Dieses Memorandum gehörte dann auch zu den Konferenz-Papieren, die dem Präsidenten vor seiner Abreise nach Jalta ausgehändigt wurden, aber Roosevelt schenkte den Dokumenten in seiner Konferenzmappe nicht die geringste Aufmerksamkeit.<<

Der nordamerikanische Historiker John Morton Blum (1921-2011) berichtet am 25. Dezember 1967 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (53/1967) über den "Morgenthau-Plan": >>"Diese Deutschen sind ja solche Teufel"

2. Fortsetzung und Schluß: Der Sturz Morgenthaus

Auf der Konferenz in Jalta beschlossen die Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetrußland, gemeinsam die "Oberhoheit über Deutschland" auszuüben. Die drei Nationen sollten "zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit notwendig erscheinende Maßnahmen treffen".

"Es ist unser fester Wille", so ließen Roosevelt, Churchill und Stalin am 12. Februar 1945 verlauten, "den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerschlagen und zu gewährleisten, daß Deutschland nie wieder in der Lage sein wird, den Weltfrieden zu stören.

"Wir sind entschlossen, die gesamte deutsche Industrie, die für die militärische Produktion eingesetzt werden könnte, zu beseitigen oder zu kontrollieren, alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Strafe zuzuführen und für die von den Deutschen verursachten Zerstörungen Reparationen zu fordern."

Als Roosevelt am 28. Februar 1945 wieder in Washington eingetroffen war, beauftragte er US-Außenminister Stettinius, die politischen Vereinbarungen der Konferenz von Jalta durchzuführen. Finanzminister Morgenthau aber witterte darin die Gefahr, bei der weiteren Deutschland-Planung werde das Außenministerium eine Vormachtstellung einnehmen.

Er war keineswegs gewillt, den Kampf aufzugeben." Ich bin erfreut, mit Außenminister Stettinius zusammenzuarbeiten", erklärte er Präsident Roosevelt am 14. März, aber schon am nächsten Tag sah er sich durch einen Bericht von John McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, in seinen Befürchtungen bestätigt.

Morgenthau notierte sich: "McCloy rief mich heute früh ganz aufgeregt an. Ein Dokument war heimlich in seine Hände gelangt, das im Außenministerium vorbereitet worden ist und dem der Präsident gestern zugestimmt hat. Es handelt sich um einen Ersatz für die (vom amerikanischen Generalstab ausgearbeitete) Direktive JCS 1067 (über die US-Besatzungspolitik) und sieht laut McCloy unbegrenzte Vollmachten für eine Zentralgewalt in Deutschland vor.

"McCloy regte sich so sehr darüber auf, weil Stettinius dem Präsidenten gesagt hatte, das Kriegsministerium habe dieses Dokument gesehen und gebilligt, was gar nicht stimmte. Offensichtlich wollte er, daß ich Krach schlage. Das werde ich nicht tun; (Kriegsminister) Stimson muß in dieser Sache die Führung übernehmen."

Das Schriftstück des Außenministeriums war der "Entwurf einer Direktive über die Behandlung Deutschlands" vom 10. März 1945, den der Präsident ohne Konsultation des Finanz- oder des Kriegsministeriums unterzeichnet hatte.

In diesem Schriftstück legte das Außenministerium die Beschlüsse von Jalta auf seine Art aus, verwarf die Direktive JCS 1067 und widersprach Morgenthaus Interpretation des Jalta-Abkommens. Die "Entwurf"-Autoren verzichteten auf die Zerstückelung Deutschlands und setzten voraus, daß die inter-alliierte Kontrollmaschinerie für Deutschland die Funktionen einer Zentralregierung in Deutschland übernimmt.

Die Autorität des Kontrollrats sollte im ganzen Reich an erster Stelle stehen. In den Besatzungszonen seien die Beschlüsse des Kontrollrats durchzusetzen, die autonome Macht der

jeweiligen Zonen-Oberbefehlshaber sei zu begrenzen.

Während Morgenthau mit den Passagen über die Entnazifizierung grundsätzlich einverstanden war, vermißte er Bestimmungen über die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie. Vielmehr wurde die alliierte Militärregierung angewiesen, für "einen Mindestlebensstandard des deutschen Volkes" zu sorgen.

Als Morgenthau durch seinen Unterstaatssekretär White, der mit Vertretern des Kriegs-, des Marine- und des Außenministeriums in einem interministeriellen Deutschland-Ausschuß (IPCOG Informal Policy Committee on Germany) saß, nähere Einzelheiten über den Entwurf des Außenministeriums erfuhr, beschloß der Finanzminister, gegen den Entwurf anzugehen und dabei jene "Führung zu übernehmen", die er noch kurz zuvor Stimson hatte überlassen wollen. "Ich hatte ein sehr offenes Gespräch mit Stettinius", erzählte Morgenthau am 17. März 1945 McCloy.

"Ich habe Stettinius schrecklich ins Gewissen geredet. Wie er sagte, hat man ihm den Entwurf unmittelbar nach seiner Rückkehr (aus Jalta) gegeben; er sei noch so müde gewesen und wisse in Wirklichkeit gar nicht, was darin steht."

Morgenthau: "Als ihn jemand fragte, ob der Präsident den Entwurf gelesen habe, antwortete Stettinius nicht. Ich will daher in einem sehr sorgfältigen Bericht nachweisen, in welchen Punkten diese Auslegung des Jalta-Protokolls von der Direktive 1067 völlig abweicht."

McCloy hingegen berichtete, Stimson habe den Präsidenten aufgesucht und ihm erklärt, er wolle sich nicht wieder mit der Deutschland-Frage befassen; sein Ministerium habe ein Dokument, eben die Direktive JCS 1067, ausgearbeitet, das nun ohne Konsultation des Kriegsministeriums geändert worden sei. In Zukunft werde er sich nur um Fragen der Militärverwaltung Deutschlands kümmern.

Roosevelt hatte daraufhin zu Stimson gesagt, er dürfe dem Entwurf des Außenministeriums nicht zuviel Bedeutung beimessen. So begann denn McCloy im Kriegsministerium, die Direktive JCS 1067 unter Berücksichtigung der Beschlüsse von Jalta zu überarbeiten.

McCloy versprach Morgenthau, alle Vorschläge des Finanzministeriums zu prüfen. McCloy: "Angesichts der Beziehungen zum Außenministerium ist dies eine recht delikate Angelegenheit, aber ich glaube, daß wir jetzt, nachdem die sich im State Department selbstherrlich diesen Scherz leisteten, ein Recht haben, verstimmt zu sein."

"Wir haben ein Recht zu reden", ermunterte ihn Morgenthau. "Das ist alles abscheulich, eine Schande."

Auch der sowjetische Botschafter Andrej A. Gromyko ermutigte Morgenthau in einem Tischgespräch am 19. März, gegen die Abweichung von den Jalta-Beschlüssen zu protestieren. "Er sagte mir", hielt Morgenthau in seinem Tagebuch fest, "in Jalta hätten sich die Russen und die US-Regierung in der Frage der Reparationen darüber geeinigt, daß die Deutschen über einen längeren Zeitraum 20 Milliarden Dollar in Form von Waren zahlen müßten.

"Ich fragte ihn geradewegs, ob sie beabsichtigten, die deutsche Industrie aufzubauen, damit die Deutschen Reparationen leisten könnten, und er erwiderte: "Natürlich nicht!" Ich erkundigte mich: "Falls Deutschland Elektroenergie für Reparationsleistungen braucht, möchten Sie dann, daß wir Generatoren nach Deutschland schicken, um Kraftwerke zu bauen?"

Er: "Nein".

"Er berichtete mir, man sei übereingekommen, Deutschland zu spalten, England jedoch habe eingewendet, es habe noch nicht genügend Zeit gehabt, diese Frage zu prüfen. Ich sagte, es gebe einige Leute, die da glaubten, alle Besatzungszonen in Deutschland sollten gleichmäßig behandelt und eine strenge Zentralgewalt müsse errichtet werden. Er meinte: "Welchen Sinn hat das? Wenn wir die Zerstückelung Deutschlands wollen, dann sollten wir die Sache gleich richtig anpacken."

Der Minister deutete diese Bemerkungen als volle Unterstützung des Morgenthau-Plans und

wies Harry White an jenem Nachmittag an, in dem Gegen-Memorandum des Finanzministeriums die Kritik an dem "Entwurf" des Außenministeriums noch schärfer zu formulieren; es müsse darauf hingewiesen werden, daß jedenfalls das Finanzministerium von der Voraussetzung ausgehe, Deutschland solle zerstückelt werden.

White wandte ein, Morgenthau würde sich auf einen gefährlichen Kurs begeben, wenn er nicht genau wisse, ob Deutschland geteilt werden solle. Aber Morgenthau gab lediglich zurück, er sei seiner Sache sicher.

Am 20. März 1945 legte White je ein Memorandum für das Außenministerium und für den Präsidenten vor, die Morgenthau unterschrieb.

In dem Memorandum für das Außenministerium wurde die Dezentralisierung der Verwaltung statt der (vom State Department geförderten) Integrierung Deutschlands und die Beseitigung der deutschen Schwerindustrie gefordert; außerdem kritisierte das Finanzministerium, die Vorstellungen des Außenministeriums über die deutsche Industrie widersprächen dem "Quebecer Abkommen" (Morgenthau-Plan),

Ferner behauptete das Finanzministerium, aus den Beschlüssen von Jalta gehe "eindeutig hervor, daß die Alliierten zur Eintreibung der Reparationen keinerlei Maßnahmen treffen sollten, die Deutschlands Wirtschaft rehabilitieren und stärken". Falls bereits die Teilung Deutschlands beschlossen worden sei, so werde der Entwurf des Außenministeriums "die Grundlagen dieser Politik erschüttern".

Das Finanzministerium schlug abschließend vor: "Die Direktive JCS 1067 wird zunächst nicht geändert und den US-Streitkräften in der ersten Phase der Besatzungszeit als politische Richtschnur dienen. Die Armee hat mitgeteilt, daß die Bestimmungen von JCS 1067 sie in die Lage versetzen, unmittelbar nach der Niederlage Deutschlands notwendige Maßnahmen einzuleiten."

In seinem Memorandum für Roosevelt schrieb Morgenthau: "Aus vielen Gesprächen mit Ihnen über die Behandlung des besiegten Deutschlands habe ich die Gewißheit erlangt, daß der Inhalt dieses Entwurfs (des Außenministeriums) voll und ganz Ihren Ansichten widerspricht." Er zählte auf:

- "In dem Entwurf wird die Forderung erhoben, der Alliierte Kontrollrat solle "soweit wie möglich zentrale Einrichtungen zur Verwirklichung seiner Politik einsetzen", und zu diesem Zweck sollten "zentrale deutsche Stellen so schnell als möglich wieder geschaffen werden."

- "Deutschland wird eine Metall-, Maschinenbau- und chemische Industrie mit kontrolliertem Export zugestanden; verboten werden nur jene Industriezweige, die zur Herstellung von "Flugzeugen, synthetischem Öl, synthetischem Gummi und Leichtmetallen" dienen.

In dem Entwurf heißt es, Finanzen und Wirtschaft müßten "grundsätzlich zentral gesteuert werden und es sei erforderlich, daß die Alliierten die deutsche Wirtschaft lenken, kontrollieren und verwalten, um Reparationen einzutreiben."

Dazu Morgenthau: "Die Durchführung der obengenannten Bestimmungen würde den Aufbau einer starken deutschen Zentralregierung bedeuten und die deutsche Wirtschaft erhalten, ja sogar festigen. Ich bitte dringend darum, den Außenamts-Entwurf vom 10. März nach folgenden Prinzipien zu überarbeiten":

- "Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist eine Sache der Deutschen. Wir sollten weder die Eintreibung von Reparationen noch andere Pflichten auf uns nehmen, sondern einzig und allein für die Sicherheit der Besatzungstruppen sorgen."

- "Wir sollten soweit als möglich die deutsche Schwerindustrie einschränken und das Kriegspotential in Deutschland beseitigen. Die Besatzungstreitkräfte sind nur insofern für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes verantwortlich, als Hungersnot, Krankheiten und Unruhen die Ziele der Besatzung beeinträchtigen könnten. Die Politik der einzelnen Besatzungszonen sollte über den Kontrollrat koordiniert, die eigentliche deutsche Verwaltung je-

doch dezentralisiert werden."

McCloy stimmte Morgenthau in wesentlichen Punkten zu und fand, daß dessen drei Grundsätze die Lage klären würden. Gleichwohl mußte er Morgenthau daran erinnern, daß Kriegsminister Stimson das Quebecer Abkommen abgelehnt habe. Deshalb warnte er Morgenthau davor, Roosevelt das Memorandum des Finanzministeriums unterschreiben zu lassen, bevor das Kriegs- und das Außenministerium dazu gehört worden waren.

Morgenthau konnte denn auch dem Unterstaatssekretär Joseph Grew vom Außenministerium berichten: "Der Präsident will den Entwurf, den er und Ed (Stettinius) am 10. März unterschrieben haben, zurückziehen. Er möchte, daß wir uns alle darüber einigen, was in Zukunft zu tun ist. Nun schwebt ihm vor, daß der Deutschland-Ausschuß etwas vorbereitet, was an die Stelle des Dokuments vom 10. März tritt; er konnte sich überhaupt nicht daran erinnern, daß er es jemals gesehen oder gar unterschrieben hat."

"Ist ja sonderbar", antwortete Grew. Obwohl Morgenthau dem Unterstaatssekretär Grew nichts erwiderte, war er "sehr niedergeschlagen".

Ihn bedrückte der offenbar schlechte Gesundheitszustand des Präsidenten. Zugleich mißfiel ihm freilich, daß Anna und John Boettiger, Roosevelts Tochter und Schwiegersohn, sich ständig in der Nähe des Präsidenten aufhielten.

Morgenthau vertraute McCloy an: "Das ist irgendwie beklemmend. Ich gab dem Präsidenten die Dokumente, die wir vorbereitet haben. Er las sie sehr sorgfältig durch, stimmte voll und ganz zu. Boettiger war dabei und hielt mich davon ab, meine Sache vorzutragen.

"Boettiger spricht jetzt allen Ernstes davon, wir müßten den Deutschen klarmachen, wieviel sie essen, wieviel Kohle sie fördern sollen und dergleichen mehr. Ich erklärte Boettiger in Anwesenheit des Präsidenten, General Hilldring vom Kriegsministerium habe gesagt, als Berufssoldat sei er mit der Direktive 1067 zufrieden und General Eisenhower sei ebenfalls einverstanden.

"Boettiger blieb aber dabei, die Leute auf der unteren Ebene würden das nicht verstehen; die Beschlüsse ließen sich nicht durchführen. Boettiger wollte, daß der Präsident die drei Kabinettsmitglieder zusammenruft.

"Ich sagte: "Nein, wir haben ja ein Komitee. Dieses Komitee solle sich an die Arbeit machen und Empfehlungen an die drei Kabinettsmitglieder ausarbeiten; von dort aus gingen die Vorschläge dann an den Präsidenten. Er (Roosevelt) war durchaus bereit, ein solches Dokument zu unterschreiben."

Am 21. März 1945 trat der interministerielle Deutschland-Ausschuß zusammen und begann ein Schriftstück auszuarbeiten, das den Entwurf des Außenministeriums vom 10. März ersetzen sollte. Der Vertreter des State Department, Unterstaatssekretär William Clayton, wollte freilich das Komitee veranlassen, nur eine Auslegung der Direktive vom 10. März zu formulieren, aber McCloy verlangte eine neue Direktive.

Die Diskussion konzentrierte sich im wesentlichen auf die Forderung der Armee, im besetzten Deutschland benötige man eine flexible Militärregierung. Das Außenministerium gab praktisch in jedem Punkt nach.

Aber als der Vertreter des Finanzministeriums, Frank Coe, vorschlug, das Komitee solle in einer gemeinsamen Erklärung die Dezentralisierung Deutschlands befürworten, erklärte McCloy, Kriegsminister Stimson habe an dieser Sache nur ein administratives Interesse. Coes Empfehlung wurde abgelehnt.

Die Wirtschaftsfragen behandelte der Ausschuß erst in den letzten zehn Minuten der Sitzung, was für eine nützliche Diskussion zuwenig war. Nach Coes Meinung wurde dem Alliierten Kontrollrat in dem neuen Schriftstück mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt als in dem Memorandum vom 10. März.

"Das würde mir genügen", kommentierte Morgenthau. Überrascht erwiderte Coe, er habe ge-

dacht, der Minister lehne jegliche deutsche Zentralgewalt ab.

Darauf Morgenthau: "Ich verlasse mich auf die Generale, denn im Kontrollrat wird ein russischer General, ein amerikanischer und auch ein französischer General sitzen." Der Minister ließ durchblicken, diese drei Generale könnten gemeinsam jeden britischen Versuch zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft vereiteln.

Am folgenden Nachmittag mußte Morgenthau jedoch wieder zurückstecken. McCloy kam ins Finanzministerium und erzählte Morgenthau, er habe bei einer Besprechung im State Department ein Schriftstück gesehen: die Antwort des Außenministeriums auf die Memoranden des Finanzministeriums vom 20. März. McCloy meinte, in dem Schriftstück werde das Finanzministerium völlig unfair behandelt. Das State Department befürworte außerdem ausdrücklich die Zentralisierung Deutschlands.

Morgenthau war über die Nachricht verärgert. "Sie spielen ein abgekartetes Spiel gegen uns", sagte der Minister zu White, "McCloy stellt sich nämlich auf den Standpunkt, er dürfe mit uns über die wirtschaftlichen Fragen nicht sprechen. Boettiger verlangt das."

Vom Außenministerium hatte allerdings Morgenthau die hinterhältige Behandlung erwartet, die ihm zuteil wurde. Im weiteren Verlauf des Nachmittags rief AA-Unterstaatssekretär Joseph Grew an und teilte mit, er sende dem Finanzministerium die Antwort des Außenministeriums zu, "die meiner Meinung nach dazu angetan ist, unsere Vorstellungen einander anzugleichen".

Dieses Schriftstück war noch unterwegs, da fuhr Grew (mit seinem AA-Kollegen Clayton) zum Weißen Haus und bat Roosevelt das Schriftstück des interministeriellen Deutschland-Ausschusses zu billigen, in dem die einheitliche Verwaltung Deutschlands gefordert wurde. Morgenthau wäre wahrscheinlich der Schritt Grews verborgen geblieben, hätte ihm nicht McCloy, der auf Roosevelts Bitte im Weißen Haus gewesen war, die Geschichte erzählt.

McCloy berichtete Morgenthau am Telephon, Roosevelt habe "gesagt, manches gefalle ihm an dieser Sache noch nicht; der Gedanke einer zentralen Verwaltung werde allzusehr betont. Er gebe jedoch zu, der öffentliche Dienst müsse gewissermaßen von oben kontrolliert werden. Darunter verstand er das Fernmelde- und Transportwesen und die dazu notwendigen Dienstleistungen. Er sagte, wie er die Sache leiten würde".

"Sprach er von einem Komitee dreier Deutscher (die an der Spitze der Verwaltung stehen sollten)?" fragte Morgenthau.

"Ja", erwiderte McCloy. "Ein Dreierkomitee, und wenn es sich nicht anständig benimmt, wird er es absetzen und morgens erschießen. Dann sagte er: "Kurzum, Sie müssen diese Kontrollen in einem gewissen Umfang ausüben, Sie sollten sie aber möglichst auf ein Minimum beschränken. Er wollte eine politische Dezentralisierung, soweit wie möglich auch eine wirtschaftliche Dezentralisierung; allerdings erkannte er an, daß eine gewisse Zentralgewalt erforderlich sei."

Clayton wollte noch darauf hinweisen, daß man doch weitgehend eine Zentralverwaltung einrichten sollte. Der Präsident antwortete, das könnte schon notwendig sein, aber er wisse es nicht; man würde einfach einmarschieren, sehen und abwarten müssen.

Darauf meinte Grew: "Ich glaube, wir sind der Sache schon wesentlich näher gekommen. Sie sind also im allgemeinen mit dem Schriftstück, das Ihnen Stettinius unterbreitet hat, einverstanden?"

"Mein Gott", unterbrach Morgenthau den Telephon-Bericht McCloy's.

"Und der Präsident erwiderte", fuhr McCloy fort, "Ja, ich glaube schon." Dann besann er sich wieder und sagte: "Oh, Sie meinen den Entwurf vom 10. März? Nein, das muß neu geschrieben werden."

"Ach", warf Morgenthau ein, "das ist ja wunderbar."

"Ja", entgegnete McCloy. Dann sagte Clayton: "Ich frage mich, ob es wirklich wünschenswert

ist, diesen Entwurf neu zu schreiben. Mit dem Schriftstück, das wir heute morgen im Außenministerium vorbereitet haben, werden Sie meines Erachtens einverstanden sein, Herr Präsident." Er (Roosevelt) erklärte: "Gut, lassen Sie mich ein wenig darüber nachdenken. Das war alles, was er sagte."

Nach der Besprechung im Weißen Haus, so berichtete McCloy weiter, sei Will Clayton zu ihm gekommen. Clayton: "Verstehen Sie doch bitte, ich bin diesen Fragen völlig unvorbereitet konfrontiert worden. Jetzt begreife ich allmählich Zusammenhänge, die ich vorher nicht erkannt habe, und ich sage ganz ehrlich: Ich bin heute davon überzeugt, daß der Entwurf vom 10. März ein Fehler ist."

"Mir fällt ein Stein vom Herzen", rief Morgenthau. Dennoch wollte McCloy den Finanzminister warnen, die Lage nicht zu verkennen. Er erinnerte sich noch an andere Bemerkungen des Präsidenten.

Roosevelt: "Ich möchte keineswegs, daß Sie die deutsche Industrie beseitigen. Geben Sie der deutschen Industrie ein anderes Vorzeichen, aber ich möchte nicht, daß sie beseitigt wird. Ich bin nicht dafür, daß man Salz in die Bergwerke schüttet und solche Sachen macht. Die deutsche Industrie soll so weit erhalten bleiben, wie es notwendig ist, damit die Deutschen sich selber versorgen können und nicht uns zur Last fallen. Ich glaube, das bedeutet: Man muß einen wesentlichen Teil der deutschen Industrie erhalten."

Trotz dieser zusätzlichen Hinweise war Morgenthau "sehr glücklich" und dem Informanten McCloy besonders dankbar. "Es mag vielleicht töricht klingen", gestand der Minister, "wenn ich Ihnen danke; aber ich bin nicht gewohnt, daß man mich anständig behandelt. Das ist ganz ungewöhnlich, und ich danke Ihnen. Es ist eine angenehme Überraschung."

Will Clayton war ebenfalls der Intrigen müde. Am 23. März 1945 legte er die Direktive des Deutschland-Ausschusses dem Finanzministerium vor, und dort einigten sich Clayton, Morgenthau und McCloy über ein neues Schriftstück. Es war im Kriegsministerium entworfen worden und trug die Überschrift: "Zusammenfassende Darstellung der amerikanischen Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland".

Wie McCloy es gewünscht hatte, wurden in diesem Schriftstück die Auffassungen der Ministerien einander angeglichen und die Meinung des Präsidenten miteinbezogen. Noch am gleichen Tag billigte Roosevelt das Dokument: "OK. F. D. R. Ersatz für das Memorandum vom 10. März 1945." Morgenthau, McCloy und Clayton unterzeichneten ebenfalls.

"Der Kontrollrat", so hieß es in der Direktive vom 23. März, "ist als oberstes Organ für die politischen Entscheidungen zuständig, die ganz Deutschland betreffen. Die vom Kontrollrat beschlossene Politik wird jeweils von den Militärgouverneuren in den einzelnen Zonen durchgeführt. Bei Fragen, die ausschließlich das eigene Besatzungsgebiet betreffen, übt der Oberbefehlshaber der Zone in Übereinstimmung mit Weisungen seiner Regierung die Macht aus."

Das Memorandum spiegelte auch die Auffassungen Roosevelts wider. Da stand: "Die Verwaltung in Deutschland sollte darauf gerichtet sein, die politische Struktur zu dezentralisieren und die örtlichen Gewalten zu fördern. Die deutsche Wirtschaft soll ebenfalls dezentralisiert werden, bis auf wenige Ausnahmen; für diese Sonderfälle darf der Kontrollrat eine zentrale Überwachungsbehörde genehmigen oder einführen. Unter die Ausnahmeregelung fallen lebensnotwendige öffentliche Dienstleistungsbetriebe wie Eisenbahn, Post- und Fernmeldewesen sowie Energieversorgung; Finanzen und auswärtige Angelegenheiten; Produktion und Vertrieb lebensnotwendiger Waren."

Danach kam ein Absatz, der auf Betreiben John Boettigers eingefügt worden war: "Die rücksichtslose Kriegführung der Deutschen und der fanatische Widerstand der Nazis haben die deutsche Wirtschaft zerstört und ein Chaos und unvermeidliches Leid hervorgerufen. Die Deutschen müssen für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden."

Das Memorandum folgte dann der Linienführung des Morgenthau-Plans: "Die deutsche Wirtschaft darf nur soweit als notwendig (einheitlich) kontrolliert werden, um industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung, Reparations- und Hilfsleistungen für die befreiten Gebiete zu ermöglichen ... und um Hungersnot, Krankheiten oder Unruhen zu vermeiden. Bei der Realisierung des Reparationsprogramms wird nichts unternommen, was dazu dienen könnte, in Deutschland einen höheren Lebensstandard als in den Nachbarstaaten zu begründen.

"Alle wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmungen Deutschlands im Ausland einschließlich der Exporte und Importe sollen überwacht werden, um das Entstehen eines neuen deutschen Kriegspotentials zu verhindern. Die laufenden Reparationen dürfen weder zum Wiederaufbau oder zur Entwicklung der deutschen Schwerindustrie führen noch die Abhängigkeit anderer Länder von der deutschen Wirtschaft fördern."

Morgenthau freute sich, daß die Direktive Bestimmungen über die Auflösung der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen" über die Entfernung nazistischer und militaristischer Doktrinen aus dem deutschen Erziehungswesen und über die Aufhebung der Rassen-Gesetze des Hitler-Regimes enthielt.

Der Finanzminister konnte auch seinen Einfluß in einer Bestimmung wiedererkennen, wonach "alle Mitglieder der Nazi-Partei, die sich mehr als nominell betätigt haben, aus öffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Positionen in der Privatwirtschaft" zu entfernen seien.

Henry Morgenthau war zufrieden. Das sei, meinte er zu seinen Mitarbeitern, "der erste Schritt zu einer Art Frieden, der meiner Meinung nach von Dauer sein wird. Daß wir die Leute vom Außenministerium veranlaßt haben, ihren Entwurf vollständig zu ändern, war sehr erfreulich. Sie versuchten, den Präsidenten umzustimmen, aber es gelang ihnen nicht. Früher oder später muß der Präsident einmal Ordnung schaffen in seinem Haus".

Aber Franklin Delano Roosevelt kam nicht mehr dazu. Seit seiner Rückkehr von Jalta hatte er alt und krank gewirkt. Als er sich auf einen längeren Erholungsaufenthalt in Warm Springs im US-Staat Georgia vorbereitete, bat ihn Morgenthau um Zustimmung zu einem Projekt, an dem einige seiner Gehilfen arbeiteten: einem Buch über Deutschland, mit dem der Minister die amerikanische Öffentlichkeit für den Morgenthau-Plan gewinnen wollte.

Über Eleanor Roosevelt ließ der Präsident fragen: "Warum jetzt ein Buch?" Als sie ihm erklärte, daß der Minister mit der Veröffentlichung bis zum Ende des Krieges in Europa warten wolle, bestimmte Roosevelt: "In Ordnung. Dann soll er weitermachen."

Roosevelt dachte noch einmal darüber nach, dann bat er -- am 28. März -- Morgenthau, die Sache zu vertagen. Roosevelt schrieb: "Der von Ihnen vorgelegte Plan geht von einer lobenswerten Absicht aus, aber ich finde, daß es sehr schwer ist, genau zu wissen, was man sagen soll. Es kommt auch entscheidend darauf an, den richtigen Zeitpunkt zu wählen."

In den nächsten vierzehn Tagen hatte Morgenthau kaum Gelegenheit, über Deutschland-Fragen zu diskutieren. Der Minister mußte nach Florida reisen, wo seine Frau Elinor mit einem "Herzleiden", wie er es nannte, im Krankenhaus lag. Morgenthau war sehr aufgewühlt und hoffte, seine Lebensgeister wieder auffrischen zu können.

Erst am Abend des 11. April 1945, als er Roosevelt auf dessen Einladung in Warm Springs besuchte, konnte er dem Präsidenten den Zweck seines Buches erklären. Bevor er an jenem Abend zu Bett ging, diktierte er einen langen Bericht über seinen Besuch:

"Als ich eintrat, saß der Präsident in einem Sessel; seine Füße ruhten auf einem großen Schemel. Über seine Beine hatte er einen Spieltisch gezogen. Er mischte Cocktails. Ich war entsetzt, als ich ihn erblickte; er sah furchtbar gealtert und sehr abgemagert aus. Seine Hände zitterten so sehr, daß er die Gläser umwarf. Ich hielt jedes Glas, als er den Cocktail eingoß.

Ich bemerkte, daß sein Erinnerungsvermögen schlecht war. Er verwechselte dauernd die Namen. Ich habe noch nie gesehen, daß er so viel Schwierigkeiten hatte, sich von seinem Rollstuhl zu erheben, um sich auf einen normalen Stuhl zu setzen. Ich litt Todesängste, als ich ihn

beobachtete."

Zu Beginn meiner Unterhaltung mit dem Präsidenten sagte ich: "Herr Präsident, ich beschäftige mich sehr intensiv mit der Deutschland-Frage, und ich möchte, daß Sie darüber Bescheid wissen. Aber ich möchte nicht, daß wir uns mit all diesen Dingen beschäftigen, wenn es Ihnen nicht angenehm ist ..."

Er sagte nichts, und ich fuhr daher fort. Ich kam auf das Buch zu sprechen, das ich vorbereite. Ich zeigte dem Präsidenten die Photokopie des Briefes, den er an mich geschrieben hatte. Der Präsident sagte: "Woher haben Sie das? Das habe ich vorher noch nie gesehen." Darauf ich: "Ich mache Sie darauf aufmerksam, weil ich gern wissen möchte, was er bedeuten soll."

Er sagte: "Ich weiß nicht, was das bedeuten soll. Jemand sagte mir, Sie möchten jetzt gleich ein Buch herausgeben, und ich hielt das für einen Fehler."

Ich entgegnete: "Nein, ich möchte nach dem Tag des Sieges ein Buch herausgeben. Ich möchte zum Beispiel ein Kapitel darüber schreiben, wie 60 Millionen Deutsche sich selbst ernähren können."

Er: "Ich habe gesagt, daß Sie es können."

Ich erklärte, ich würde ihm das Buch gern zeigen, wenn es fertig ist, und ich hoffte, er würde das Vorwort schreiben.

Er sagte: "Ich glaube, das ist gut. Machen Sie mal weiter. Ich halte das für eine großartige Idee. Ich habe auch viele Ideen. Ich möchte gern etwas über meine Unterhaltungen mit (dem Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar) Schacht einfügen."

Dann erzählte er mir, Dr. Schacht habe ihn aufgesucht und am Schreibtisch des Präsidenten über sein armes Land geweint. Er erinnerte sich, Schacht sei drei- oder viermal gekommen und habe erklärt, die Deutschen würden Pleite machen, aber das habe sich nicht bewahrheitet. Diese Geschichte habe ich schon mindestens dreimal vom Präsidenten gehört, er scheint sie gern zu erzählen.

Ich fragte den Präsidenten, ob ich mich für die zukünftige Behandlung Deutschlands interessieren sollte. Er antwortete mir nicht direkt.

Ich sagte: "Sehen Sie. Herr Präsident, ich werde hart kämpfen, es geht dabei um folgendes. Eine schwache deutsche Wirtschaft bedeutet, daß Deutschland politisch schwach und nicht in der Lage sein wird, einen neuen Krieg zu beginnen."

Der Präsident beteuerte: "Ich stimme Ihnen voll und ganz zu."

Ich ließ ihn nicht darüber im unklaren, was ich vorhatte. Ich wiederholte es zwei- oder dreimal.

Die Unterhaltung war gerade zu Ende gegangen, da traten die Damen ein. Ich verabschiedete mich vom Präsidenten und seinen Begleiterinnen. Als ich sie verließ, saßen sie beisammen, lachten und unterhielten sich. Ich muß sagen, der Präsident schien glücklich zu sein und sich zu amüsieren."

Am nächsten Morgen starb Franklin Delano Roosevelt. Die Amerikaner trauerten um ihn, für Henry Morgenthau aber bedeutete der Tod des Präsidenten eine Katastrophe. Er hatte seinen Gönner, seinen Chef und seinen engsten Freund verloren -- und nicht zuletzt die Unterstützung, ohne die er seinen Deutschland-Plan nicht durchsetzen konnte.

In einem besonderen Sinn war der Abend des 11. April 1945 der letzte Abend in Morgenthaus politischer Karriere und der letzte Abend in Franklin Roosevelts Leben. Nach dem 11. April gab es für den Politiker Morgenthau nur noch einen langwierigen und peinlichen Abgang.

Morgenthau gab sich gern dem Glauben hin, seine Deutschland-Politik sei von Franklin Roosevelt unterstützt worden. Harry S. Trumans Haltung war weniger klar.

Der neue Präsident hörte sich zwar in den ersten Wochen seiner Amtszeit Morgenthaus Erklärungen über Deutschland freundlich an, dennoch neigte er dazu, in diplomatischen und militärischen Fragen das Außen- und das Kriegsministerium zu konsultieren, und die Deutschland-

Frage gehörte in erster Linie zum diplomatisch-militärischen Bereich.

Truman erinnerte sich später, daß er vom ersten Augenblick an in der Deutschland-Frage Stimson's Standpunkt teilte; allerdings ließ er Morgenthau darüber in Unkenntnis. Auch zögerte der Präsident, einen neuen Außenminister zu ernennen, obwohl er sich bereits entschieden hatte, Stettinius durch den ehemaligen Südstaaten-Gouverneur James F. Byrnes zu ersetzen, der ein offener Gegner Morgenthau's war.

Truman's Zurückhaltung ermutigte Morgenthau, weiterhin seine eigenen Ziele in der Deutschland-Frage anzusteuern. Im Frühjahr 1945 konzentrierte sich der Streit zwischen den Washingtoner Ministerien auf das Reparationsproblem und auf die endgültige Formulierung der Besatzungsdirektive JCS 1067.

Das Finanzministerium wollte den Abtransport deutscher Reparationsgüter in Länder der Alliierten beschleunigen, Unterstaatssekretär Robert Lovett vom Kriegsministerium aber lehnte diese Politik ab, weil sie dazu diene, Deutschland einen "ländlichen" Charakter zu geben.

Er wollte die Verwaltung des besetzten Deutschlands nicht stören lassen und war daher der Meinung, die zuständige Reparationskommission der Alliierten dürfe "den Abtransport von Anlagen, Ausrüstungen oder Waren nur planen, wenn der Kontrollrat beschließt, daß sie nicht zur Unterstützung und zum Schutz der Besatzungstruppen oder zur Verhinderung von Krankheit und Unruhen gebraucht werden".

Will Clayton vertrat im Auftrag des Außenministeriums einen ähnlichen Standpunkt. Er argumentierte: Es liege im amerikanischen Interesse, Maschinen, Betriebseinrichtungen und Ausstattungen in Deutschland zu lassen, um die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten und Waren für den Export zu produzieren, damit Deutschland seine Importe bezahlen könne.

Morgenthau äußerte am 20. April 1945 zu Stettinius, das Außenministerium schein dem Finanzministerium noch immer "böse" zu sein. Der mit Reparationsfragen befaßte Präsidenten-Berater Bernard Baruch erschien ihm dagegen "unglaublich gut".

Baruch war soeben aus England zurückgekehrt und trat nach Morgenthau's Urteil nun "weit entschiedener für die Dezentralisierung Deutschlands ein als vor seiner Abreise. Er möchte unbedingt helfen. Er nahm an, die Engländer hätten sich aus Furcht vor Rußland noch nicht entschieden, ob es wichtiger sei, Deutschland aufzubauen oder den deutschen Exporthandel zu übernehmen, der ihnen durch die Entindustrialisierung Deutschlands zufallen könnte".

Da Morgenthau wußte, welchen Einfluß Baruch auf Truman ausübte, wandte sich Morgenthau auch an den Präsidenten. Truman: "Ich sage Ihnen vertraulich, daß ich davon absehe, (den Reparations-Experten) Lubin zur bevorstehenden alliierten Konferenz über Reparationsfragen zu schicken. Er hat nicht genügend Einfluß. Ich werde einen anderen schicken, einen fabelhaften Mann. Sie werden zufrieden sein."

Der "andere" war Edwin W. Pauley, ein alter Freund Truman's, Ölmanager aus Kalifornien und einer der führenden Figuren der Demokratischen Partei. Zu Morgenthau's Erleichterung überließ Pauley die Reparationsfragen dem interministeriellen Deutschland-Ausschuß, in dem das Finanzministerium vertreten war.

In den Ausschuß verlagerte sich nun auch die Erörterung über die Schlußredaktion der Direktive JCS 1067. Dabei reagierte Morgenthau weit günstiger als seine Untergebenen auf die maßvollen Argumente John J. McCloy's, der wieder das Kriegsministerium vertrat. Damit näherte sich der Minister auch dem Standpunkt Clayton's und des Außenministeriums.

In erster Linie ging es um die Verhaftung von Mitgliedern der NSDAP. Das Finanzministerium wünschte, in der Direktive JCS 1067 solle festgelegt werden, daß bedeutende Industrielle wie Krupp oder willfähige Diener Hitler's wie Franz von Papen keine Sondervergünstigung erhielten. Das Finanzministerium bestand auch auf der Verhaftung aller Führer der SS und anderer Nazi-Organisationen.

Das Kriegsministerium hingegen erklärte, General Eisenhower werde gar nicht die Möglich-

keit haben, alle diese Missetäter -- etwa zwei oder drei Millionen -- einzusperren. "Wir sagen nicht etwa, daß wir sie nicht verhaften werden", argumentierte McCloy. "Aber man muß doch dem Oberbefehlshaber in Deutschland etwas Handlungsfreiheit geben. Wer ein Land verwaltet, kann nicht einfach nur Beschlüsse am grünen Tisch fassen."

Morgenthau stimmte der Formulierung McCloy's zu, Eisenhower müsse das Recht haben, dem US-Generalstab einen Haftaufschub bei Personen zu empfehlen, deren Dienste für die Besatzungsmacht lebensnotwendig seien, aber der Minister setzte sich nach wie vor entschieden für eine strenge Bestrafung hoher Nazis in Industrie oder Diplomatie ein.

McCloy erwiderte, die Armee stecke Leute wie Papen lieber in eine Villa als in ein Gefängnis; so könne man ihnen wertvolle militärische und politische Informationen entlocken. McCloy: "Das sollte Eisenhower entscheiden."

Er beschwichtigte Morgenthau: "Ich habe unter Papen gelitten, ich kenne seine Gemeinheit. Ich möchte nicht in den falschen Verdacht kommen, daß ich hohe Nazis in Schutz nehmen will."

Morgenthau ließ sich überzeugen und stimmte zu, daß es Eisenhower überlassen bleibe, führende Nationalsozialisten, die "für Nachrichtenermittlung und andere Zwecke" wichtig seien, von der harten Behandlung auszuschließen.

Nun wurde erörtert, ob Amerika in Deutschland eine Inflation fördern sollte. Morgenthau: "Das Finanzministerium der Vereinigten Staaten wünscht ein Minimum an Inflation in Deutschland." Er forderte, es dürften keine Maßnahmen zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft getroffen werden. Clayton und McCloy akzeptierten Morgenthau's Forderung.

Sie erklärten sich auch bereit, einen vom Finanzministerium entworfenen Satz in die Direktive JCS 1067 aufzunehmen: "Bemühungen um Verhinderung und Einschränkung der Inflation dürfen keinen zusätzlichen Grund für einen Warenimport bilden. Sie dürfen auch nicht den Abtransport, die Zerstörung oder die Verminderung der Produktionsstätten im Zuge des Reparations- und Entmilitarisierungsprogrammes behindern."

Dann unterhielten sie sich über den Grundbesitz in Preußen. McCloy bestand auf einer "grundlegenden Bodenreform. Der Agrarbesitz ist meines Erachtens der Kern der ganzen verfluchten preußischen Wirtschaft". Clayton aber hatte Bedenken, die kategorische Erklärung abzugeben, die Vereinigten Staaten billigten eine Landenteignung ohne jede Entschädigung.

Er glaubte auch, der Kommandierende General der amerikanischen Besatzungstruppen werde nicht sofort die preußischen Güter enteignen können, da deren Ernten gebraucht würden, bis die Armee das deutsche Ernährungsproblem gelöst habe.

Widerwillig billigte Morgenthau Clayton's Ansicht und stimmte der Formulierung des AA-Vertreters zu, der Kommandierende General solle "die deutschen Behörden anweisen, mit Hilfe der großen Agrargüter die Unterbringung und Ansiedlung von Deutschen zu erleichtern und die landwirtschaftlichen Erträge zu erhöhen".

Clayton war mit dem Passus der Direktive zufrieden, in dem die Mitglieder des Kontrollrats angewiesen wurden, "den Bau von Handelsschiffen, die Herstellung von synthetischem Öl und Gummi, Aluminium und Magnesium und anderen Produkten und Ausrüstungen sofort zu verbieten und zu verhindern

McCloy bezweifelte jedoch, ob es richtig sei, weitere Anlagen zur Produktion von synthetischem Gummi und Öl zu zerstören. Er erklärte, die Armee habe einige Werke zur Herstellung synthetischer Erzeugnisse "mit sehr großem Nutzen" eingesetzt, und er sah keinen Nachteil darin, "zum Zwecke unserer Besatzung" die Produktion fortzusetzen. Morgenthau befürchtete hingegen, die Deutschen würden auch nach der Besatzungszeit zu diesen Produktionsanlagen Zugang haben, wenn die Fabriken nicht sofort zerstört würden.

Morgenthau wandte sich jedoch ohne jedes weitere Argument von dem Thema ab, denn er war zufrieden, daß in der Direktive die Frage der deutschen Produktivität in seinem Sinne ent-

schieden wurde. In Deutschland sollten nur einige Industrieanlagen verbleiben, damit das deutsche Volk die Besatzungsstreitkräfte versorgen und für sich selbst einen Lebensstandard unterhalb jenem seiner Nachbarländer erlangen konnte.

Morgenthau lobte die überarbeitete Version der Direktive JCS 1067: "Ich habe das Gefühl, daß all dies weit besser ist, als ich noch vor kurzem zu hoffen gewagt hatte. Das ist für mich durchaus zufriedenstellend."

Bevor die anderen Mitglieder des Interministeriellen Deutschland-Ausschusses am 27. April 1945 dem Weißen Haus die überarbeitete Direktive übergaben, suchte Morgenthau Präsident Truman auf. Der Präsident war damit einverstanden, sich das Deutschland-Buch anzuschauen, mit dessen Vorbereitung Morgenthaus Mitarbeiter begonnen hatten.

Auch später noch stimmte Truman dem Deutschland-Planer Morgenthau zu. Am 2. Mai 1945 erklärte er laut Morgenthaus Tagebucheintragung "zwei- oder dreimal": "Ich vertraue Ihnen voll und ganz. Falls sich das einmal ändert, werde ich es Ihnen sagen." Morgenthau: "Ich hoffe, daß dieser Tag nie kommen wird." Darauf Truman: "Ich bin sicher, daß er nie kommt."

Zwei Tage später war Truman vorsichtiger."

Der Präsident bat mich nach der Kabinetts-Sitzung noch zu bleiben", notierte sich Morgenthau am 4. Mai. "Er gab mir ein Kapitel (aus dem Deutschland-Buch) zurück und erklärte, er habe es zweimal gelesen und in der letzten Nacht zwei Stunden lang nicht schlafen können, weil er sich darüber Gedanken gemacht habe.

Er sagte: "Ich habe noch einmal das Abkommen von Jalta nachgelesen; wir -- Churchill, Stalin und ich -- müssen uns über einen Plan einigen. Das ist meine Sache. Sie müssen mir Zeit geben. Ich wünsche, daß Sie in dieser Angelegenheit nichts weiter unternehmen."

Am 9. Mai setzte Morgenthau das Gespräch fort. In sein Tagebuch schrieb er: "Ich kam auf den Deutschland-Plan zu sprechen und meinte: "Ich hatte den Eindruck, mein Plan gefiele Ihnen. Er sagte: "Ja, im großen und ganzen bin ich dafür. Darauf ich: "Hier ist der Teil über die Landwirtschaft. Er wollte dieses Kapitel unbedingt haben und versicherte, er würde es lesen und prüfen."

Morgenthau notierte: "Ich verließ ihn mit dem deutlichen Gefühl, daß ich diesem Mann gefalle und daß er mir vertraut. Er macht auf mich den Eindruck, als sei er ganz offen."

Erst allmählich kam Morgenthau die schmerzliche Erkenntnis, welche Entfernung ihn von dem Präsidenten trennte. In der letzten Maiwoche 1945 kritisierte der Minister der Obersten Bundesrichters Robert Jackson für das Gerichtsverfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher.

Morgenthau meinte, Jackson gehe zu sehr auf die Feinheiten des Gerichtsverfahrens ein, er würde die Arbeit des alliierten Gerichts über Gebühr verlängern und Verurteilungen auf unbestimmte Zeit hinauszögern. Der Präsident war anderer Meinung: Jackson leiste gute Arbeit. Truman: "Ich möchte nicht einfach wie die Engländer ohne Prozeß vorgehen. Sogar die Russen wollen ihnen (den NS-Kriegsverbrechern) ein Gerichtsverfahren bieten."

Morgenthau war über die Antwort ebenso beunruhigt wie über das Gerücht, Jimmy Byrnes würde zum Außenminister ernannt werden. Am 1. Juni fragte er Truman, ob das Gerücht zutrefte. "Ich kann mit ihm nicht auskommen", lamentierte Morgenthau.

Truman aber beschrieb ihm, welche Schwierigkeiten er bei der Vorbereitung der Potsdamer Konferenz habe, auf der er mit Stalin und Churchill zusammentreffen sollte. Zudem wünschten die Führer der Demokratischen Partei anstelle von Stettinius einen besseren Parteimann; sie bestünden zwar nicht auf Byrnes, aber er, Truman, "prüfe die Situation". Morgenthau zog für sich die Schlußfolgerung, das Gerücht über Byrnes entbehre nicht der Grundlagen.

Als ihm Truman das nächste Mal eine Bitte abschlug, machte der Präsident keine Ausflüchte. Die französische Regierung hatte Mitte Juni Morgenthau nach Paris eingeladen, Morgenthau aber wollte, wie er Joseph Grew erzählte, "nur nach Europa reisen, wenn der Präsident und

das Außenministerium voll und ganz damit einverstanden sind".

Am 13. Juni 1945 sprach Morgenthau mit Truman darüber. Er notierte sich: "Der Präsident wirkte sehr zerstreut und nervös; er rannte im Zimmer auf und ab. Er sagte: "Ich habe noch keine Zeit gehabt, darüber nachzudenken. Ich: "Die Franzosen meinen, es würde ihnen helfen, ihr Volk Demokratie zu lehren, und das ist wichtig für sie."

Er betonte nochmals: "Ich muß das (Einladungsschreiben der französischen Regierung) erst einmal lesen. Ich will es mit nach Hause nehmen und studieren. Ich möchte darüber nachdenken.

Ich erwiderte: "Ich habe darüber mit Grew gesprochen, das Außenministerium ist einverstanden. Er meinte: "Das weiß ich, aber ich habe da gewisse Dinge im Sinn. Ich kann dazu nur sagen, daß sein Gehirn in dieser Frage eindeutig blockiert ist."

Am 18. Juni 1945 hatte der Präsident seinen Entschluß gefaßt. Morgenthau berichtet: "Als ich eingetreten war, legte der Präsident sogleich los: "Ich habe über Ihre Frankreich-Reise nachgedacht. Ich möchte nicht, daß Sie fahren. Ich wünsche, daß Sie hier bleiben. Ich möchte nicht, daß Sie und ich zur gleichen Zeit in Europa sind."

Ich weiß nicht, wie er es eigentlich formulierte, aber ich gewann den Eindruck, daß er nicht wünscht, daß ich in Europa meine Nase in alles Mögliche steckte.

Der Präsident erklärte: "Ich möchte nicht, daß Sie auch außer Landes sind, wenn ich nicht da bin." Darauf ich: "Als Roosevelt zur Krim-Konferenz fuhr, sagte er vor dem Kabinett, falls etwas geschieht oder ein Notstand eintritt, sollte ich das Kabinett zusammenrufen." Truman meinte: "So ist es. Nach der Verfassung kommt Ihnen diese Aufgabe zu."

Im Laufe der Unterhaltung erklärte der Präsident, er empfinde mir gegenüber wie ein Bruder. Und er wünschte, ich würde ihm gegenüber die gleichen Gefühle hegen. Ich: "Herr Präsident, Sie haben sich mir gegenüber großartig verhalten, und Sie haben meine Position sehr erleichtert." Er: "Ich tue das gern."

Dann fragte ich: "Was würden Sie davon halten, wenn General Patton den Platz von (dem als Militärgouverneur in Deutschland vorgesehenen General) Lucius D. Clay einnehmen würde? Senator Kilgore meint, Clay sei nichts weiter als ein Faschist." Der Präsident lachte herzlich und entgegnete: "So pflegten wir ihn zu nennen, als wir noch im Senat saßen."

Aber Truman vertraute Clay mehr. Ende Juni erfuhr Morgenthau, daß der Präsident die Empfehlungen des Finanzministeriums über die Zerstörung des deutschen Bergbaus verworfen hatte. Morgenthau zeichnete in seinem Tagebuch auf, Truman habe in einem Telegramm befohlen, die Kohleproduktion im Saarland und im Ruhrgebiet wiederaufzunehmen. Morgenthau: "Ich wünsche natürlich, daß ich über die Vorgänge unterrichtet werde."

Doch niemand informierte ihn. Anfang Juli machte sich Truman in einem Gespräch mit Henry Stimson darüber lustig, wie sehr sich Roosevelt in Quebec auf Morgenthau verlassen habe. Morgenthau und Baruch, witzelte der Präsident, hätten eines gemeinsam: "Sie können es nicht lassen, sich in die Deutschland-Frage einzumischen."

Truman wünschte sich denn auch nicht Morgenthau und Baruch, sondern den Kriegsminister Stimson als Begleiter zur Potsdamer Konferenz. Innerhalb von zwei Tagen sollte Morgenthau die letzte Konsequenz dieser Entscheidung kennenlernen.

Am 5. Juli 1945 suchte Morgenthau den Präsidenten auf und führte das letzte Gespräch mit ihm. Morgenthau: "Sehen Sie, Herr Präsident, Sie reisen jetzt ab, und es verdichtet sich immer mehr das Gerücht, ich hätte bei Ihnen ausgespielt. Ich möchte daher die Frage mit Ihnen erörtern, weil ich während Ihrer Abwesenheit eine große Verantwortung habe."

Morgenthau notierte: "Er unterbrach mich und erklärte: "Oh, ich sage nach wie vor, daß Ihnen während meiner Abwesenheit die Amtsführung obliegen wird." Ich fragte geradeheraus weiter: "Ich möchte gern wissen, ob ich noch bis zum Tage des Sieges über Japan bleiben soll." Er: "Ich weiß nicht. Vielleicht möchte ich einen neuen Finanzminister."

Da sagte ich: "Herr Präsident, wenn Sie irgendwelche Zweifel hegen, sollten Sie es jetzt wissen, und wenn Sie es noch nicht wissen möchte ich jetzt gehen."

Er: "Darüber möchte ich erst nachdenken."

Ich: "Herr Präsident, aus einigen Bemerkungen schließe ich, daß Sie etwas im Sinn haben. Entweder wollen Sie mich behalten oder nicht, und das wissen Sie jetzt."

Er: "Ich kann mich nicht entscheiden."

Ich: "Gut, Herr Präsident, ich werde Ihnen mein Rücktrittsgesuch schreiben. Möchten Sie, daß ich noch bis zu Ihrer Heimkehr bleibe, oder soll mein Rücktrittsgesuch sofort in Kraft treten?"

Er: "Ich möchte, daß Sie noch bleiben, während ich im Ausland bin."

Ich: "Gut, ich schreibe Ihnen einen Brief. Möchten Sie, daß ich Ihnen den Entwurf für eine Antwort beifüge?"

Er: "Ja."

Der Präsident sagte, er würde öffentlich erklären, ich bliebe im Amt, und ich entgegnete, das würde zwar ich glauben, aber leider nicht die Öffentlichkeit. Er meinte: "Sie überstürzen die Dinge." Das wiederholte er mehrmals. Dann sagte ich: "Gut, wenn Sie diese Erklärung nicht heute abend abgeben, werde ich gezwungen sein, es morgen zu tun."

Darauf der Präsident: "Er werde es noch heute abend bekanntgeben."

Ich fand ihn sehr schwach und unentschlossen vor, aber ich hatte das bestimmte Gefühl, daß er sich mit dem Gedanken trug" mich auszubooten. Ich bin sehr froh, daß meine Vorahnung richtig war und daß ich den Zeitpunkt wählte.

Dann fragte ich ihn, ob er den Morgenthau-Plan (nach Potsdam) mitnehmen wollte, und er entgegnete: "Oh, ich habe ihn gelesen, und ich kenne alle Punkte. Und ich halte ihn für sehr gut."

Später erzählte Morgenthau seinen Mitarbeitern von dem Gespräch im Weißen Haus. Henry Morgenthau zog die Bilanz: "Ich wäre gern noch geblieben, aber das habe ich ihm nicht gesagt. Ich hätte gern noch bis zum Ende des Krieges ausgeharrt. Aber es waren gute zwölf Jahre, und wir haben fleißig gearbeitet."

Am 5. Juli 1945 trat Morgenthau von seinem Posten zurück -- der Morgenthau-Plan wurde nie in seiner ganzen Härte ausgeführt. ...<<<

Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtet am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über den Morgenthau-Plan: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar hatte sich der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. einige aparte Rachege Gedanken einfallen lassen. Er wollte die deutschen Kinder ihren Eltern wegnehmen, damit sie nicht im Geist des Hitlerismus groß würden. Kriegsminister Stimson war dabei nicht ganz wohl, aber er protestierte nicht.

Weiter wollte Morgenthau alle Industrieanlagen aus Deutschland entfernen und die Deutschen einfach zu einer Nation von Kleinbauern machen. Stimson meinte, daß man dazu einen Großteil der deutschen Bevölkerung "wegschaffen" müsse. Darauf Morgenthau: "Nun, das ist nicht annähernd so schlimm, wie wenn man sie in Gaskammern schickt." Spiegelbildlich also der Madagaskar-Plan des SS-Mannes Eichmann.

Erschrocken stellte Morgenthau fest, die Deutschen brauchten einen Tagessatz von 2.000 Kalorien, notfalls müsse man diese Menge durch Importe sicherstellen. Er alarmierte seinen Präsidenten Roosevelt.

Auch der war aufgebracht: "Ich will nicht, daß sie verhungern, aber wenn sie zum Beispiel Nahrung brauchen, dann sollen sie dreimal täglich mit Suppe aus der Feldküche versorgt werden. Sie werden ihr Leben lang daran denken." Schließlich habe die ganze Nation an einer ungesetzlichen Verschwörung gegen die Regeln der modernen Zivilisation teilgenommen. Gelegentlich denkt man, die Welt werde von Idioten regiert.

Morgenthau ließ nicht locker. Die ganze SS-Gesellschaft müsse man aus Deutschland wegschaffen, in irgendeine andere Ecke der Erde. "Sie einfach körperlich wegschaffen. Und es macht mir gar nichts aus, diesen Vorschlag genauso unbarmherzig zu formulieren, wie seine Ausführung notwendig ist."

Offensichtlich hatte der Führer hier einen guten Gefolgsmann verpaßt. Morgenthau will die Kohlengruben, Eisenwerke und chemischen Werke im Ruhrgebiet sämtlich stilllegen. Ein Konferenzteilnehmer äußert, die Feldküchen würden zur Verpflegung von 15 Millionen Menschen einfach nicht ausreichen. Morgenthau: "Um die Bevölkerung werden wir uns erst in zweiter Linie Sorgen machen." Und noch einmal: "Ich kümmere mich nicht darum, was aus der Bevölkerung des Ruhrgebietes wird." Seinen Präsidenten hatte er schon so weit gebracht, daß er ausrufen konnte: "Er ist soweit, er ist soweit, er ist soweit."

Winston Churchill unterschrieb mit dem Präsidenten in Quebec, man werde aus Deutschland "a country primarily agricultural and pastoral in its character", ein Land von im wesentlichen landwirtschaftlichem und Weidecharakter machen. Morgenthau jubelte: "Der Höhepunkt meiner ganzen Laufbahn."

Doch gab es auch Leute, die meinten, Churchills Unterschrift sei mit der Zusage eines Sechsmilliarden-Dollar-Kredits an England erkaufte worden, demgemäß nicht viel wert. Jedenfalls log der Präsident, wie des öfteren, indem er behauptete, es gebe innerhalb der US-Regierung keine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege. Außen-, Kriegs- und Finanzminister hätten voll zugestimmt.

Dies war, wie gesagt, gelogen. Kriegsminister Stimson, nicht gerade eine Taube, war und blieb strikt dagegen. Als Morgenthau den Generalstabschef General Marshall einweihete, sagte dieser: "Wir haben Lautsprecher vor den deutschen Linien aufgestellt, über die wir die Deutschen auffordern, sich uns zu ergeben. Wir haben dabei keine Erfolge. Jetzt weiß ich auch, warum."

Zwischen 15 bis 30 Millionen Menschen im Dienste des Weltfriedens auszuhungern, dafür hatte er kein Verständnis. Als Morgenthau behauptete, die Initiative sei entweder aus dem Kriegsministerium oder aus dem Außenministerium gekommen, fuhr ihn der General hart an: "Sprechen Sie etwa von meinem Minister?"

Gromyko, damals Sowjetbotschafter in Washington, behauptete, nichts Amtliches zu wissen. Aber er nehme doch an, man stehe dem, was Morgenthau-Plan genannt werde, sehr nahe oder noch näher. Reparationen freilich wollte er auch.

Bereits am 29. September 1944 war soviel von Morgenthaus Plänen durchgesickert, daß der Präsident, besorgt um seine Wiederwahl, seine Unterschrift zurückzog, vierzehn Tage nachdem er sie geleistet hatte. Und der kluge Churchill bekam seinen Kredit erst recht. –

(Damit man nicht glaubt, Hitler habe den) - (Wahnsinn für sich allein gepachtet, sei) - (auf das 1941 erschienene Buch des) - (Präsidenten der amerikanischen) - (Friedensgesellschaft, Theodore Nathan) - (Kaufman, verwiesen, der die gesamte) - (deutsche Bevölkerung für immer vom) - (Erdboden verschwinden lassen wollte, und) - (zwar durch totale Zwangssterilisation.) - (Damals wußte man noch nichts von Hitlers - Gaskammern.)

Es scheint wohl so, daß General Marshall die Wirkung des Morgenthau-Planes nicht ganz richtig eingeschätzt hat. Die meisten Deutschen nahmen ihn gar nicht zur Kenntnis oder glaubten einfach nicht an diesen Unfug. Wenn sich so wenige Überläufer bei seinen Truppen meldeten, so mag das daran gelegen haben, daß sich sehr schnell herumsprach, wie wenig die Gefangenenlager den Lockungen des gedruckten Papiers entsprachen.

Auch von Bomber-Harris wird man nicht sagen können, daß er den Krieg nennenswert verlängert hat. Er hat ihn nur nicht verkürzt, weil Menschen, die derart zertrampelt werden, ihre Energien aufs Überleben richten und notgedrungen eine Solidarität an den Tag legen, die ihnen sonst fremd bliebe. Es gab wegen Harris nicht mehr Nazis und Nicht-Nazis, sondern nur

noch Gebombte.

Der Mensch in sich und als solcher ist ein Kriegsverbrecher, und nicht nur Hitler, nicht nur Stalin, nicht nur die Deutschen und nicht nur die Russen. Wer das begreift, darf auf Frieden hoffen, immer einen relativen Frieden. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Morgenthau-Plan" (x051/390-391): >>Morgenthau-Plan, Programm der USA für ihre Politik gegenüber dem besiegten Deutschland nach Kriegsende, benannt nach dem US-Finanzminister Morgenthau jr., in dessen Auftrag der Plan im August 44 verfaßt wurde.

Der aus 14 Punkten bestehende Plan ("Program to prevent Germany from starting a World War III") sah vor: völlige Entmilitarisierung Deutschlands; Demontage seiner Industrie, Verteilung seiner industriellen Anlagen als Reparationen an die Alliierten, Stilllegung der Bergwerke (damit faktische Umwandlung des Landes in einen Agrarstaat), Enteignung des Großgrundbesitzes, Einziehung des deutschen Auslandsvermögens und Kontrolle der deutschen Wirtschaft für mindestens 20 Jahre; Abtretung Ostpreußens, Oberschlesiens, des Saarlands (bis Mosel und Rhein), Internationalisierung des Ruhrgebietes, Westfalens, des Rheinlands, der Nordseeküste und des Nord-Ostsee-Kanals, Aufteilung des restlichen Deutschlands in zwei autonome Staaten und Verbindung des süddeutschen Staates mit Österreich in einer Zollunion; Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher; Reorganisation des deutschen Bildungswesens und Umerziehung (Reeducation) der deutschen Bevölkerung.

Der Morgenthau-Plan, gedacht zur Korrektur der von Morgenthau als zu gemäßigt eingeschätzten Planungen des US-Außenministeriums und der Europäischen Beratenden Kommission, wurde Anfang September 44 dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt vorgelegt und von diesem und dem britischen Premier Churchill auf der Konferenz von Quebec am 15.9.44 in modifizierter Fassung paraphiert; doch zog Roosevelt, nach heftiger Kritik durch Außenminister Hull, Verteidigungsminister Stimson und in der amerikanischen Öffentlichkeit, seine Unterschrift schon Ende September 44 wieder zurück und distanzierte sich auch öffentlich von ihm.

Der Morgenthau-Plan als Ganzes und seine Grundidee eines "harten" (Straf-)Friedens gegenüber Deutschland gewann daher keine Bedeutung mehr für die amerikanische Deutschland-Politik, wurde aber von der deutschen Durchhalte-Propaganda immer wieder als Schreckgespenst beschworen und als "Judas Mordplan" (Völkischer Beobachter) bezeichnet.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.

So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.

Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.

Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen,

der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.

Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur – Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?

Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.

Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<